

Bezugspreis:

Für den Monat Januar 1923 M.
...
Telegraphen-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Einzelgenbreis:

Die einseitige Anpreisung
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...
Anzeigen für die nächste Nummer
...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Dienstag, den 9. Januar 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Verlagskonto: Berlin 375 26 — Bankkonto: Direktion
der Diskonto-Gesellschaft, Postfach Lindenstraße 3

Vor der Besetzung.

Die Meldungen über eine bevorstehende Besetzung von Essen und Bochum, die gestern noch als übertrieben und verfrüht angesehen werden konnten, scheinen nunmehr doch auf Wahrheit zu beruhen. Es steht jetzt unwiderleglich fest, daß nicht nur etwa 50 französische Ingenieure nach Düsseldorf abgegangen sind, die die Leitung der Kohlengruben im Ruhrgebiet übernehmen sollen, sondern es ist auch einwandfrei festgestellt, daß beträchtliche französische Truppenverstärkungen teils im Anrollen, teils bereits unmittelbar bis an die Grenze des Ruhrgebiets angelangt sind. Angesichts dieser umfassenden Vorbereitungen ist es diesmal kaum anzunehmen, daß Frankreich nicht Ernst machen wird. Es wartet lediglich noch die Feststellung einer vorläufigen Verzögerung Deutschlands bei den Kohlenlieferungen durch die Reparationskommission ab, eine Formalität, die man in Paris spätestens am Dienstag zu erledigen gedenkt. Allem Anschein nach legt Poincaré besonderen Wert darauf, die französische Kammer, die am Donnerstag zusammentritt, vor vollendete Tatsachen zu stellen und damit jene Hurra Stimmung zu erzeugen, durch die allein er das Leben seines Ministeriums verlängern kann.

Angesichts dieser überstürzten Entwicklung der Dinge ist die voraussichtliche Haltung der übrigen Alliierten im Falle einer Ruhrbesetzung von besonderer Wichtigkeit. Havas meldet aus London, die englische Regierung habe eine bestimmte Erklärung bisher nicht abgeben wollen, da ihr amtliche französische Mitteilungen über bevorstehende Maßnahmen gegen Deutschland nicht vorlägen. Es hat jedoch den Anschein, fügt der Havas-Berichterstatter hinzu, als ob das Londoner Kabinett solche Maßnahmen nicht ohne Vorbehalt aufnehmen würde.

Nach einer Kölner Meldung des Berliner „Tag“ sollen jedoch die englischen Besatzungsbehörden bereits angefangen haben, den französischen Vorbereitungen innerhalb ihrer Besatzungszone passiven Widerstand entgegenzusetzen. Danach hätten sie bereits die Durchfahrt von französischen Truppentransporten mit der Begründung abgelehnt, daß sie bisher keinerlei Weisung von ihrer Regierung erhalten hätten. Eine solche Haltung Englands würde natürlich eine außerordentliche Erschwerung der französischen Gewaltpolitik nach sich ziehen. Der direkte Weg von Frankreich nach dem Ruhrgebiet wäre versperrt und die Franzosen auf die Verbindung Bütlich-Nachen-Düsseldorf angewiesen. Ferner wäre die geplante Zolllinie am Rhein zum größten Teil durch die passive Resistenz der englischen Behörden in ihrem Besatzungsabschnitt illusorisch gemacht. Wir geben jedoch diese Meldung nur unter Vorbehalt wieder.

Ebenso unklar, wenn auch nicht von ebensolcher praktischer Wichtigkeit ist die Stellungnahme Italiens zu der bevorstehenden Ruhrbesetzung. Aus Rom hört man nur, daß die italienische Regierung nach dem Scheitern der Pariser Konferenz ihre volle Handlungsfreiheit wieder erlangt habe. Eine Bestätigung der Meldung des Pariser „Intransigent“, wonach italienische und belgische Ingenieure bestimmt an den französischen Pfändermahnmahnen im Ruhrgebiet teilnehmen würden, liegt, soweit die ersteren in Frage kommen, jedenfalls nicht vor.

Dagegen kann man mit einiger Sicherheit annehmen, daß Belgien die französische Gewaltpolitik nach jeder Hinsicht, insbesondere militärisch, unterstützen wird. Auch dies dürfte hauptsächlich innerpolitische Gründe haben, da es für den Ministerpräsidenten Theunis das einzige Mittel ist, einer wegen der Wamenfrage drohenden Regierungskrise zu entgehen.

Neun Divisionen.

Paris, 8. Januar. (M.Z.) Das Abendblatt „Paris“ teilt mit, neun Divisionen seien für die Besetzung des Ruhrgebiets bereitgestellt, es sei aber wahrscheinlich, daß diese Ziffer auf sieben herabgemindert werde durch die Beteiligung von zwei belgischen Besatzungsdivisionen. Einige Armeekorps Nordostfrankreichs würden inleert an der Besetzung teilnehmen, denn ihre Truppen würden die Garnisonen besetzen, die die nach dem Ruhrgebiet gegangenen Truppen bis jetzt innehaben. Im ganzen schätzt das Blatt die notwendige Truppenzahl auf 50 000 Mann.

„Gewalt gegen ein wehrloses Volk!“

Eine Erklärung des Reichskanzlers.

Reichskanzler Dr. Cuno empfing heute vormittag die hiesigen Vertreter der amerikanischen Depeschagenturen und gab ihnen folgende Erklärungen:

Die alliierten Ministerpräsidenten haben bei ihren Pariser Beratungen über die Reparationsfrage unsere Vorschläge nicht hören wollen und über ihre eigenen Vorschläge sich nicht einigen können. Die Lösung des Problems ist von neuem aufgehoben. Frankreich scheint sich zu dem Versuche anzukündigen, seine Ansprüche im Wege des Zwanges, der Gewalt durchzusetzen.

Dabei hat es den Anschein, als ob man in einigen Kreisen Frankreichs wirklich glaubt, durch solchen Zwang Reparationsleistungen von uns erhalten zu können. Ich habe schon in meiner Hamburger Rede gesagt, daß jede Zwangsmahnahme den Tod der wirtschaftlichen Reparationen bedeuten würde. Das kann ich heute nur mit größtem Ernst und Nachdruck wiederholen. Denn so sehr wir bereit waren und es auch noch heute sind, freiwillig und gestützt auf unsere Wirtschaft mit unseren Leistungen bis an die Grenze unserer wirtschaftlichen und finanziellen Kraft zu gehen, so wenig sind wir willens, uns irgendeinem Zwange zu beugen. Unsere Bereitschaft zur freiwilligen Leistung des Möglichen haben wir durch die Tat bewiesen. Wir haben damit das Unmögliche getan und sind zum Frieden bereit. Das deutsche Volk wird aber, wenn es sein muß, ebenso entschlossen den Weg des Leidens gehen.

Unser Druck und Drohung werden wir nicht handeln.

Wir können der Gewalt nicht mit Gewalt entgegen treten. Was wir aber in voller Entschlossenheit und in voller Uebereinstimmung mit dem deutschen Volke tun können, das ist, die wirtschaftliche Unvernunft und die Rechtlosigkeit des französischen Vorhabens der Welt in ihrem wahren Lichte zu zeigen, dem Schein des Rechts zu umkleiden, indem es von Sanktionen und Pfändern spricht die in den Bestimmungen des Versailler Vertrages ihre Stütze haben sollen. Aber der Vertrag von Versailles, so ungeheuerlich er auch sonst ist, geht nicht so weit, Gewalt bleibt Gewalt. Frankreich versucht die geplante Aktion mit den Alliierten beifällige Eingriffe auf deutsches Gebiet zu gestatten. Zur Sicherung ihrer Forderungen aus dem Vertrage, namentlich zur Sicherung der Reparationsforderungen, halten die Alliierten für bestimmte Teil des Rheinlands besetzt, eine Garantie, wie sie stärker und drückender wohl in keinem Friedensvertrage zwischen Kulturvölkern festgesetzt worden ist. Wenn Frankreich jetzt auf eigene Faust noch weiter gehen will, wenn es im besetzten Gebiet sich nicht in den Schranken des das Besatzungsrecht regelnden Abkommens halten oder wenn es sogar seine Hand noch über das Rheinland hinaus auf unbesetztes deutsches Gebiet legen will, so ist das nicht die Ausübung eines vertraglichen Rechtes, sondern ist Vertragsbruch und Gewalt gegen ein wehrloses Volk.

Schweden appelliert an den Völkerbund.

Stockholm, 8. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer Londoner Meldung, Schweden beabsichtige wegen der drohenden Ruhrbesetzung als einer den Völkerbund bedrohenden Maßnahme den Völkerbund anzurufen, schreibt „Socialdemokraten“ offenbar offiziell folgendes: Vollig authentische Nachrichten über die Absichten Frankreichs liegen zwar noch nicht vor, sollte sich jedoch die Nachricht von der bevorstehenden Ruhrbesetzung bestätigen, so sei anzunehmen, daß die Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht werde. Schweden sei nicht das einzige Land, das daran interessiert sei. Die außerordentlichen Gefahren für den Frieden, die durch solche extreme Maßnahmen hervorgerufen würden, könnten kein Land unberührt lassen. Es könne nicht der geringste Zweifel über den Standpunkt Schwedens bestehen für den Fall, daß die Nachrichten über die Ruhrbesetzung sich bewahrheiten sollten. (Genosse Branting, der Ministerpräsident, ist zugleich Vertreter Schwedens beim Völkerbund. Red. d. „Vorwärts“.)

Lloyd George gratuliert Bonar Law.

London, 8. Januar. (E.P.) Bonar Law erhielt ein Telegramm von Lloyd George, worin dieser den englischen Premierminister beglückwünscht, sich nicht der verderbbringenden französischen Politik angeschlossen zu haben. Rein Finanzmann der Welt glaubt daran, daß Frankreich mit der vorgeschlagenen Methode irgendeine Reparation erhalten werde. Frankreich und England müßten aber ihre Politik parallel laufen lassen, damit sich ihre Wege nicht kreuzen.

Sozialdemokratie und Regierung.

Verschiedene Blätter, darunter die „Kreuzzeitung“, beschäftigen sich lebhaft mit der Frage des Eintritts der Sozialdemokratie in die Regierung. Da die Regierung in keiner Weise die Absicht zu erkennen gegeben hat, eine derartige Einladung an die Sozialdemokratie ergehen zu lassen und da auch die Sozialdemokratie weit davon entfernt ist, eine solche Einladung provozieren zu wollen, ist der ganze Streit zurzeit gegenstandslos. Wenn aber die „Kreuzzeitung“ höhnlisch bemerkt, die Sozialdemokratie werde sich nicht danach reifen, sich in einem so schwierigen Augenblick an der Verantwortung zu beteiligen, so würde dieselbe „Kreuzzeitung“ im umgekehrten Fall zweifellos schreiben, die Sozialdemokraten benutzten die Not des Vaterlandes, um sich an „die Futtertruppen zu drängen“ und „die schrankenlose Herrschaft des Marxismus“ aufzurichten. Mit diesen beiden Gunststempeln wird ja ihre ganze innere Politik befragt.

Poincarés Pfänderspiel.

Von Rudolf Hifferding.

Clemenceau soll jüngst geäußert haben, es gäbe zwei Dinge, die gänzlich überflüssig seien: das eine sei der menschliche Blinddarm, das andere — Monsieur Poincaré!

Aber der Blinddarm wird zur Lebensgefährtin, wenn er sich entzündet, und Herr Poincaré ist entzündet und droht, für Europa lebensgefährlich zu werden. Denn darüber darf man sich nicht täuschen: Herrn Poincarés Absichten mögen sein, welche sie wollen, und er, der von Ökonomie nichts versteht, mag sich einbilden, als Kurist Pfänder nehmen zu müssen, wenn es sich um Schulden nachlass handelt. In der Wirklichkeit bedroht seine Politik den europäischen Frieden und die europäische Wirtschaft mit einer schweren Katastrophe.

Wie wäre die europäische Situation, wenn Poincaré seine Politik durchführte, nach einem Jahre? Die Anjänge mögen unsehndbar sein. Einige tausend Soldaten im Ruhrgebiet, ein paar Städte besetzt, und dazu einige hundert französische Zöllner und Ingenieure. Deutschland werden die Zollleistungen genommen, die Kohlenverteilung in französische Hände gelegt. Es kommt — unvermeidlicherweise — zu Zwischenfällen, Störungen, Konflikten. Es rücken die Soldaten nach. Es rücken Ingenieure nach; deutsche Beamte werden ausgewiesen, französische treten an ihre Stelle. An der Ostgrenze des besetzten Gebietes wird eine Zollgrenze aufgerichtet; die administrative, militärische, wirtschaftliche Abschirmung des wichtigsten europäischen Industrie- und Kohlenstoffgebiets beginnt sich zu vollenden. An Stelle wirtschaftlicher Vereinbarungen zwischen deutschen und französischen Industriellen ist ein französischer monopolisierter Montantrust getreten, der jeder anderen industriellen Kombination überlegen ist und der französischen Schwerindustrie eine übermächtige Stellung in der Welt sichert.

Die Okkupation hat die kriegerische Stimmung verärrt, die Stellung des Generalstabs befestigt, dem Militarismus entscheidenden politischen Einfluß gegeben. Die Beherrschung des größten mitteleuropäischen Eisen- und Kohlenzentrums, zugleich mit der der entscheidenden Eisenbahnlinien und Wasserwege bedeutet unmittelbar die militärische Herrschaft auf dem Kontinent, bedeutet die Hegemonie, der sich weder Belgien und Italien, weder Polen oder die Tschechoslowakei entziehen können. Ist dann, selbst wenn Herr Poincaré unterdessen zum überzeugten Pazifisten geworden, noch die Vorstellung möglich, daß Frankreich eine pazifistische Politik treiben, daß es freiwillig herausgeben wird, was ihm nicht gehört? Oder würde ein so starkes Machtzentrum nicht den immanenten Befehlen einer militärischen Machtorganisation gemäß in immer schärferen Gegenlag geraten, vor allem zu seinem großen Widerpart, zu England?

Anjänge zu einer solchen Entwicklung sind gegeben. Frankreich hat die Angora-Türkei gegen England unterstützt und unterstützt sie in Lausanne. Frankreich hat ein militärisches Bündnis mit Polen und bemüht sich, die kleine Entente in seinem militärischen Kreis zu erhalten. Frankreich unterstützt das italienische Mussolinis, der bemüht ist, gegen Jugoslawien die Ansprüche des italienischen Nationalismus durchzusetzen und deshalb mit dem nationalistischen Horthjergardos Verbindungen anknüpft, die nur allzu leicht der Ruhe Südosteuropas gefährlich werden können. Als stärkste und beherrschende Militärmacht wird schließlich Frankreich früher oder später von einem Rußland umworden werden, das sich vor allem als Gegner Englands fühlt. Zugleich aber peitscht das gewaltsame Vorgehen Frankreichs in Mitteleuropa alle nationalen Instinkte auf, zerstört jede Hoffnung auf eine friedliche Entwicklung und löst jede Aussicht auf die Erlösung aus dem militaristischen Abdruck.

Herr Poincaré mag nur an Pfänder denken, er entfesselt, mag er es wissen oder nicht, neue unheilvolle Kriegsmöglichkeiten, er entfesselt den vollen künftigen Krieg. Das ist die Verantwortung, die er übernimmt, das ist die Verantwortung, die alle tragen, die seine Politik unterstützen, oder sie nicht hindern.

Deshalb muß zunächst immer wieder gesagt werden: Deutschland ist zu jeder Verständigung, zu jeder Regelung der Reparationsfrage auf wirtschaftlicher Grundlage bereit. Es ist bereit, bis zur äußersten Grenze der Leistungsfähigkeit zu gehen, es ist bereit, Garantien und Pfänder zu geben sowohl durch seine Staatseinnahmen als durch Sicherstellung auf seine Wirtschaft. Es ist nur zu einem nicht bereit, sich der Annexionspolitik zu unterwerfen und die wichtigsten deutschen Industriestätten preiszugeben und seine Bewohner zu opfern.

Ein solcher Standpunkt liegt nicht nur in deutschem, sondern auch in internationalem Interesse. Denn mit dem Frieden gefährdet die französische Politik zugleich und in noch gefährlicherem, nicht wieder gutzumachendem Maße die Weltwirtschaft. Die französischen Maßnahmen werden die deutsche, ohnedies so empfindliche Wirtschaft aufs schwerste treffen. Die Störung und Minderung der Kohlenenerzeugung und Kohlenzufuhr werden eine schwere Krise erzeugen,

die deutsche Währung wird weiter sinken, die Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes rapid zurückgehen. Das bedeutet aber die Steigerung der deutschen Kredit- und Zahlungsunfähigkeit. Die französischen Berechnungen der Erträge aus den Pfändern sind trügerisch und illusionär. Sie sind an die Voraussetzung des ungehinderten Fortgangs der deutschen und europäischen Wirtschaft geknüpft, eine falsche Voraussetzung. Die Erträge werden nicht mehr ausreichen, um die Kosten der Pfandnahme zu decken, sie werden aber das sichere Resultat haben, die deutsche Zahlungsfähigkeit auf lange Jahre hinaus zu vernichten. Nur als Machtpolitik ist die französische Politik überhaupt zu begreifen, als Wirtschaftspolitik ist sie nicht zu verstehen.

Daher der Widerstand Englands und der Vereinigten Staaten. Sie wissen, daß nur die Herstellung des Wirtschaftsfriedens und der Sicherheit Deutschlands befähigen kann, seine Kreditfähigkeit wiederherzustellen, die Mark zu stabilisieren, das Budget zu ordnen und so Reparationszahlungen zu leisten. Sie wissen, daß nur ein vollproduzierendes Deutschland wieder ein aufnahmefähiger Absatzmarkt und damit die Weltwirtschaft wieder saniert werden kann. Aber mit der Erkenntnis allein ist es nicht getan. Alles hängt davon ab, ob diese Einsicht auch Taten zeugen wird. Beginnt erst das Unheil seinen Lauf, dann ist ihm schwer Einhalt zu tun. Wenn ja, so heißt es hier, dem Anfang widerstehen.

Die deutsche Regierung kann in dem jetzigen Zeitpunkt nicht allzuviel tun. Aber sie muß mit aller Deutlichkeit erkennen lassen, daß sie ihrerseits bereit und entschlossen ist, jeden Versuch, an die Stelle der gewalttätigen die allein mögliche wirtschaftliche Lösung treten zu lassen, mit aller Kraft zu unterstützen. Das wird auch jenem Teil der französischen Politik beeinflussen, der heute Herrn Poincaré gewähren läßt, ohne Vertrauen in seinen Erfolg, aber ohne Zutrauen in die eigene Kraft. Immer wieder muß die französische öffentliche Meinung vor die Wahl gestellt werden, ob sie wirklich eine militärische Machtpolitik, die große Kosten und große Gefahren bedeutet, der dauernden wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorziehen will.

Krieg und Kriegsgefahr ist also der Einsatz, um den dieses Pfänderspiel geht. Für die Arbeiterklasse aber erwächst die große Aufgabe, in dieser entscheidenden Situation nicht untätig zu bleiben. Ein neuer Krieg beginnt. Es bleibt ein Krieg, auch wenn Deutschland sich nicht gewaltsam wehren wird. Es ist die Aufgabe der gewerkschaftlichen und der wiedererwachenden politischen Internationales, den Kampf gegen diesen Krieg zu organisieren. Vier Jahre nach seinem Friedensschluß stürzt der Kapitalismus seine Welt in neue Wirren, in neues Unheil. Klagen wir an, bereiten wir uns vor, das Urteil zu vollziehen!

Fluchtversuch Tschows!

Ein Landesverräter als Komplize.

Wie erst jetzt bekannt wird, hat der zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Rathenau-Mörder Ernst Werner Tschow vor 14 Tagen im Zuchthaus Sonnenburg gemeinsam mit einem anderen Strafgefangenen, einem früheren Fliegerleutnant Schauer, einen Fluchtplan entworfen, dessen Ausführung allem Anschein nach im letzten Augenblick verhindert worden ist. Schauer ist während des Krieges wegen Landesverrats zu Zuchthaus verurteilt worden.

Als Tschow während des Mordprozesses zusammenbrach, fehlte es in der deutschnationalen Presse nicht an Stimmen, die in ihm ein verführtes Opfer sehen wollten, ein Opfer, das um so mehr zu beklagen, als er aus den Kreisen des verarmenden Mittelstandes stammte. Waren diese sentimentalischen Rettungsversuche schon damals nicht am Platze, so zeigt der Fluchtversuch und die Art, wie er vorbereitet wurde, in welchem Grade verfehlt der Appell an das Mitleid bei Personen wie Tschow ist. Dieser angeblich Verführte entwickelte

bei dem Fluchtversuch eine gehörige Portion Hinterlist und Heuchelei, wenn er auch nachträglich wieder, als er ein zweitesmal vor seinem Richter stand, umklappte. Aber darüber hinaus scheute er sich nicht, mit einer Person in Verbindung zu treten, die während des Krieges wegen Landesverrats bestraft worden war. Die „nationale Sache“ und ihre Vaterlandsliebe führen diese Leute ständig auf der Zunge, wenn sie in der Öffentlichkeit gestellt werden, paßt es hingegen in ihre höchst dunklen Pläne, dann scheuen sie auch den Umgang mit Verbrechern und Beuten, die das schlimmste Verbrechen am Vaterlande begangen haben, nicht. Gewiß sind diese jungen Leute auf die schiefe Ebene geraten, aber sie sind auf die schiefe Ebene geraten wie viele tausende Namenlose, die man gemeinhin Verbrecher nennt.

Wieder greifen Unbekannte in dieses Unternehmen ein. Tschow und Komplizen haben von außen Unterstützung für ihren Fluchtplan erhalten. Wieder kennt man die Tatsache, aber nicht die Täter. Wann endlich wird es gelingen, das Dunkel zu lichten, das auch heute noch die Nordtamarilla einhüllt?

Im einzelnen wird über den Fluchtplan noch gemeldet: Tschow war nach Abschluß seines Prozesses vor dem Staatsgerichtshof zur Verbüßung seiner Strafe sofort nach Sonnenburg übergeführt worden, wo er mit Wattenstedten behaftet wurde. Bei dieser Arbeit ist es Tschow — da bekanntlich seit der Revolution das Sprecheverbot in den Arbeitsfällen aufgehoben ist — gelungen, in nähere Verbindung mit einem anderen Inassen des Zuchthaus, dem früheren Fliegerleutnant Schauer, der im Krieg wegen Landesverrats zu einer längeren Zuchthausstrafe verurteilt war, zu treten. Tschow hat die Flucht offenbar in ganz raffinierter Weise betrieben, da er an seine Mutter Briefe richtete, in denen er ihr mitteilte, daß er sich mit seinem Schicksal ausgeöhnt habe und die Strafe ruhig hinnehmen wolle. Tschow weigerte sich sogar, einen seinen Verteidiger im Leipziger Prozeß zu empfangen, da er, wie er ebenfalls betonte, die Zuchthausstrafe verüben wolle, ohne ein Gnadengesuch zu machen. Mit Schauer zusammen hat Tschow dann

die Einzelheiten der Flucht durchgeprochen. Die zuständigen Behörden verweigern allerdings über die Art und Weise, wie es Tschow und Schauer gelungen ist, mit der Außenwelt in Verbindung zu treten, noch alle Angaben. Jedenfalls war es Schauer gelungen, sich in den Besitz ziemlich ausreichender Geldmittel zu setzen, die er in dem Strohhalm seiner Zelle verborgen hielt. Weiter war es beiden Gefangenen gelungen, die Kopie eines Grundrisses des Zuchthaus zu erhalten, deren sie bedurften, um an den einzelnen Posten vorbeizukommen. Unvorsichtigerweise ließ Tschow im Arbeitsloos eine Aeußerung fallen, daß er nicht mehr lange in der Strafanstalt bleiben werde. Diese Bemerkung wurde von einem der Gefangenen dem Aufseher gemeldet, und dieser informierte den Direktor der Strafanstalt, der seinerseits das Reichsgericht in Kenntnis setzte. Oberreichsanwalt Ebermayer begab sich persönlich nach Sonnenburg, und es gelang ihm, in stundenlangen Verhören Tschow

zu einem Geständnis zu veranlassen. Allerdings weigerte sich Tschow, über die Hintermänner, die ihm und Schauer nach der Flucht behilflich sein wollten, nähere Einzelheiten anzugeben. Er räumte aber ein, daß für den Fall des Gelingens sowohl Schauer als er selbst die Grenze auf dem schnellsten Wege passiert hätten. Die Direktion des Zuchthauses bestreitet energisch, daß die Gefangenen aufseher von dem Fluchtplan etwas gewußt und ihn begünstigt hätten. Es sei vorläufig noch vollkommen unaufgeklärt, wie Schauer, den Tschow offenbar nur vorgeföhren hat, in den Besitz des Geldes und der Pläne gekommen ist.

Es ist immerhin merkwürdig, daß man an den zuständigen Stellen in Berlin bis heute über den Fluchtversuch nicht informiert war. Staatskommissar Weismann hat selbst erst am Montag nachmittag Kenntnis von dem Fluchtversuch erhalten und sich daraufhin mit Sonnenburg in Verbindung gesetzt. Das Staatskommissariat teilt übrigens mit, daß ein Aufseher verhaftet ist.

„Aber nicht bei mir! Vielleicht am Schalter vier!“
Es reimte sich direkt.
Und so war es auch. Der Beamte am Schalter vier lächelte milde, nahm den Federhalter und gab mir eine Mark dafür. Ich konnte mir die Frage nicht verneinen, warum er denn nicht auch einen Zettel drauhen hängen hätte.
„Ach, da wird man ja so oft gestört.“

Post-Idylle...
Der Steinach-Film wurde am Montag zum erstenmal öffentlich im Ufa-Palast vorgeführt. Manche von den Ausstellungen, die bei der Vorprüfung im wissenschaftlichen Kreise erhoben waren, scheinen berücksichtigt zu sein. Und so kann man mit gutem Gewissen feststellen: Anstößiges enthält der Film nicht. Eine andere Frage ist es freilich, ob der Film berufen ist, unerledigte wissenschaftliche Probleme zu demonstrieren. Es wird ja deutlich im Text gesagt, was Hypothese und was erwiesen ist. Aber das Bild hastet fester und der ganze Aufbau des Films dient doch dem Zweck, den Wert der Steinach'schen Tierexperimente, über deren hohe wissenschaftliche Bedeutung kein Streit besteht, auch für die Nichtanwendung auf den Menschen darzustellen. Hier aber fehlt vorläufig der zwingende wissenschaftliche Beweis. Ob die sexuellen Zwischenstufen beim Menschen ganz oder teilweise verursacht sind durch Beförderheiten der „inneren Sekretion“ und schließlich, ob die Bekämpfung der Alterserscheinungen beim Menschen durch Unterbindung des Samenstranges möglich ist und Erfolge von Dauer erzielt, das sind bislang mehr umstrittene als gelöste Fragen. Und das Volkenpublikum kann sie leider nicht selbst kritisch schäzen und würdigen, wie das Programm meint.

Um so rückhaltloser ist dagegen anzuerkennen, daß der Film mit größter Deutlichkeit die Beziehungen zwischen „innerer Trübsinnigkeit“ und Geschlechtsleben ausdehnt. Filmtechnisch ist die Veranschaulichung vortrefflich gemeistert. Die Bilder sind klar, sie betonen immer das Wichtigste auch bei den Operationen und Sektionen. Wo die Naturaufnahme nicht ausreicht, greift der Trickfilm ein, um innere Vorgänge veranschaulichen zu können. Auch fürs bloße Schauen und Unterhaltung ist durch Aufnahme schöner Tierbilder Sorge getragen. Man wird der Leistung des Dr. Thomalla und den zahlreichen wissenschaftlichen Mitarbeitern Dank wissen für die gute und gewiß nicht immer leichte Arbeit, die sie geleistet haben. Und so wird der Film innerhalb der angegebenen Grenzen ein wertvolles Aufklärungsmittel sein. Freilich würde er noch gewinnen, wenn der mündliche Vortrag, der sich den Zuschauern anpassen kann und vermittelte Vorgänge und Probleme besser erörtern kann als die Filmmittel, sich hinzugesellte.

Mit dem Ozeandampfer nach New York. Das berühmte Dollardland ist die Sehnsucht und das Ziel vieler Menschenkinder der alten Welt. Zu einer Reise dorthin bietet sich jetzt eine billige Gelegenheit durch den Besuch der „Urania“, in der zurzeit nicht nur alle Einzelheiten einer solchen Reise, sondern auch alle Einrichtungen eines der fahrenden Ozeantreiben in Wort und Bild vorgeführt werden. Erst im Jahre 1847 wurde die erste ständige Linie Bremen—New York eingeführt, nähere Angaben geben Kenntnis von der

Der Profit gefährdet.

Der Kohlenhandel gegen die Brennstoff-Zentrale.

Der Berliner Kohlenhandel macht mobil. Die heiligsten Güter müssen gerettet werden. Der Profit ist in Gefahr. Man hat die Presse eingeladen (der „Vorwärts“ erhielt keine Einladung). Der „Dona“ zufolge wird außer den von uns oben erwähnten Vorwürfen behauptet:

„Das Berliner Kohlenamt habe die Brennstoff-Zentrale während eines Streiks bei der Belieferung von Britlets insofern bevorzugt wollen, als es der nichtbestreitigen Zentrale die unentgeltlichen, dem legitimen Kohlenhandel gehörigen Brickettwaggons zur Verfügung stellen wollte, obwohl auch damals der Kleinhandel nicht bestreikt war. Ferner soll der Berliner Brennstoff-Beschaffungs-Gesellschaft zum Vorwurf gemacht werden, daß sie einen Kohlenplatz mit einer Holzspalt- und Holzschneidemaschine, großen Holzvorräten usw. für den lächerlichen Preis von 140 000 M. an die Firma Bunt, deren Inhaber in verdammtschändlichen Beziehungen zu einem der geschäftsführenden Mitglieder der Berliner Brennstoff-Beschaffungs-G. m. b. H. stehe, verkauft habe, obwohl eine öffentliche Ausschreibung nicht bekannt geworden sei. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die städtischen Betriebe nur 68 000 Tonnen Brennstoff brauchen, während der Berliner Brennstoff-Zentrale 115 000 Tonnen zugewiesen wurden, die diese widerrechtlich an Privatkunden abgab. Der Berliner Brennstoffhandel verlangt deshalb den sofortigen Rücktritt des Stadtbaurates Horten.“

Der Zweck dieser Vorwürfe, die wir im Augenblick nicht nachprüfen können, ist ja klar. Man merkt die Absicht. Das Kohlenamt wird sich ja noch äußern.

Fahnenkampf.

Bötsche gegen Bötsche.

Im Organ der deutschbötschen Freiheitspartei, der „Medienburger Warte“, wendet sich Hans Steiler gegen den bekannten Auffass des Herrn von Freytagh-Loringhoven in der „Deutschen Zeitung“. Wir hätten keinen Anlaß, auf den häuslichen Streit noch einmal einzugehen, wenn er nicht interessante Perspektiven eröffnete. Hans Steiler kommt nämlich noch einmal auf die Aeußerung des Hauptgeschäftsführers der Deutschnationalen Volkspartei Graf-Anklam zurück. Er sagt, Graf habe seine Aeußerung, nicht die Juden, sondern die Offiziere seien an dem Zusammenbruch schuld, in aller Deutlichkeit getan. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei Hergt habe dem Verband nationalogener Soldaten, der sich darüber beschwerte, versprochen, Graf-Anklam werde sein Amt niederlegen und künftig innerhalb der Partei in einer gleichen oder ähnlichen Stellung keine Verwendung mehr finden. Dieses Versprechen sei bisher nicht nur nicht erfüllt, sondern Graf-Anklam sogar aufs neue gewählt worden.

Hans Steiler wirft also dem Führer der Deutschnationalen Volkspartei Hergt nichts weniger als Doppelzüngigkeit und Vorbruch vor. Man darf gespannt sein, ob Herr Hergt diesen Vorwurf stillschweigend auf sich sitzen lassen wird. Im übrigen sagt Steiler, Reid und Dummheit seien nicht bei der deutschbötschen Freiheitspartei zu finden, sondern auf der Gegenseite. Die deutschbötsche „Deutsche Zeitung“ eröffne in ihren Spalten ein Haberdreibecken gegen diese Partei und müsse also auch die Konsequenzen tragen. Das heißt doch wohl, daß die deutschbötsche Freiheitspartei nicht nur endgültig mit den Deutschnationalen gebrochen hat, sondern daß sich auch unter den Deutschbötschen die Scheidung vollzogen hat. Es gibt also in Zukunft Bötsche und „Bötsche“.

Diese Vermutung bestätigt die „Deutsche Zeitung“, indem sie mitteilt, daß von der deutschbötschen Freiheitspartei eine Antwort auf den Artikel Freytagh-Loringhovens mit der Bitte, ihn „lagalerweise“ zu veröffentlichen, eingegangen sei, daß sie aber die Veröffentlichung abgelehnt habe, da die Antwort gleichzeitig noch an andere Quellen verbreitet worden sei. „Wir wurden dadurch der Wut überhoben, die uns sachliche und beleidigende enthaltende „Berichtigung“ auf das Wesentliche zusammenzufassen. Die „Loyalität“ der deutschbötschen Freiheitspartei hatte die Arbeit überflüssig gemacht. Zu unserer lebhaften Freude stellen wir jedoch Sonntag früh fest, daß lediglich das jüdische „Berliner Tageblatt“ das unerfreuliche Gezänk schadenfroh wiedergegeben

Post-Idylle.

Von Ernst Grau.

Ich bekam jüngst ein kleines Paket mit — nein, das sage ich nicht. Ist ja auch Nebenache! Jedenfalls sollte ich hundert Mark dafür zahlen. Also ging ich aufs Postamt.

Von den zehn Schaltern waren drei geöffnet. Auch das Markenfräulein thronte in stolzer Einsamkeit hinter ihrem Gitterchen. Mit meinem holdseligen Bächeln erbte ich von ihr eine Postanweisung, mein Begehren ward erfüllt und ich schritt nun an die Ausfüllung des inhaltsschweren Dokuments. Aber o wehl zwölf Schreibpulte mit zwölf Tintenfassern, zwölf Schreibunterlagen und zwölf Markenansichtern! Aber ohne den geringsten Federhalter. Ich besaß allenfalls einen Kopierstift, doch waren meine Absichten schon einmal an der Unzulänglichkeit dieses Materials gescheitert. Ich beschloß also, obgleich es mir sehr leid tat, die einsame Markeuse noch einmal zu stören, um einen Federhalter zu erbitten.

„Federhalter bekommen Sie am Schalter drei!“

Richtig! Am Schalter drei klebte ein Zettelchen mit der Aufschrift: Schreibgerät ist gegen eine Beibgebühre von 1 M. erhältlich! Schreibgerät! Also vermutlich der ersehnte Federhalter! Aber o weise Vorkehrung einer weisen Postverwaltung! Die Markeuse und die Schalter zwei und vier lagen in einsamer Ruhe. Mit der Verlebung von Schreibgerät hatte man schließlich den Schalter drei betraut, vor dem eine endlose Schlange mit Postanweisungen und Einschreibbriefen stand. Hilfesuchend sah ich mich um. Wenn ich wagte...? Schlichtern wagte ich mich an den Beamten von Nummer zwei.

„Federhalter gib's nebeant!“ Dabei besaß er drei Stück, die wie Soldaten nebeneinander ausgerichtet lagen. An Nummer vier wagte ich mich erst gar nicht heran. Bis in die tiefsten Tiefen meiner Seele gedrückt, wende ich mich ab. Da! Mein Blick heftete sich auf! Dort hinten in der Ecke steht eine ältliche Frau und schreibt. Schreibt mit einem Federhalter! Ich pürsche mich also heran, warte, bis sie fertig ist, mache dann eine glänzende Verbeugung und läste:

„Verzeihung, mein gnädiges Fräulein, darf ich Sie wohl höflich bitten, mir das in Ihren Händen befindliche Schreibgerät auf eine Sekunde zu leihen?“ Dabei mache ich meinen süßesten Blick und wedele mit meiner Postanweisung. Sie ist gerührt. Wir werden handelsfeins. Ich vergülte ihr die hinterlegte Kaution. Sie entschwebt, und ich schreibe.

Wenig später stehe ich am Schwanz der Schlange von Nummer drei. Aufweis geht es vorwärts. Man kennt des. Endlich bin ich dran. Krebende dem Beamten Postanweisung und Federhalter. Er betrachtet ihn kritisch.

„Der ist nicht von mir!“

„Ja, aber...“

„Der ist nicht von mir!“

„Die Dame hat doch aber am Schalter 1 Mark...“

schnelles Entwicklung des Verkehrs mit der Neuen Welt. Man sieht, wie die Schnelldampfer in den helligen aufgebaut und wie sie vom Stapel gelassen werden. Ein Blick in das Innere zeigt uns die kolossalen Maschinen des Dampfers und die überreiche Ausstattung der für die Kajütenpassagiere bestimmten Salons. Die Nerven der Furchtsamen werden sich beruhigen, wenn sie sehen, wie vor jeder Ausreise alle Rettungsapparate revidiert, und dabei auch alle Rettungsboote aus den „Davids“ geschwungen werden, um zu prüfen, ob alles richtig funktioniert. Interessant ist die Abfahrt aus dem Hafen, bei der vom Lande aus den Scheidenenden die letzten Grüße zugewinkt werden. Leuchttürme, Feuerlöcher und Leuchtbojen bilden die Wegweiser. Bei unsichtigem Wetter oder Nebel vermögen die Offiziere den rechten Kurs mit anderen nautischen Mitteln zu finden. An Bord herrscht auf Deck und unter Deck reges Leben, man spielt, musiziert und tanzt über Speis an der für Kajütenpassagiere sehr reichhaltigen Tafel. Es koste der Bedarf eines großen Schnelldampfers allein an Eiern für eine Reise etwa 60 000 Stück. Endlich erblicken wir in der Ferne die gewaltigen Geschäftshäuser New Yorks, und bald darauf liegt der Ozeandampfer im sicheren Hafen.

Wilhelm als Postkartenhändler. Eine Korrespondenz verbreitet folgende Nachricht, die zugleich kennzeichnend ist für den fröhlichen welter florierenden Serwillsmus:

„Eine Neugierde von großer Bedeutung für die Kunstwelt kommt aus Holland. Infolge der großmütigen Einwilligung der einstmaligen Allerhöchsten Stelle wird die erste photographische Postkarte des Kaisers und seiner neuen Gemahlin in Kürze allen Märkten der Welt zugänglich gemacht werden. Die Firma... hat den Verlag der Karte übernommen und eine Riesenaufgabe herstellen lassen. Der Kaiser hat bekanntlich von der Verlagsgesellschaft die Kleinigkeit von rund 50 Millionen Mark erhalten.“

Eine natürliche Warmwasserheizung. Die einzige Stadt der Welt, die sich natürlicher heißer Quellen zur Heizung von Wohnungen, öffentlichen Gebäuden und Fabriken bedienen kann, ist Boise-City in dem nordamerikanischen Staate Idaho. Das Wasser, das eine Temperatur von 77 Grad hat, entfließt mehreren in der Nähe des Dries entspringenden Quellen, deren beide hauptsächlichsten täglich 3,75 Millionen Liter liefern. Das Wasser wird in ein großes Becken gepumpt und von dort aus den Einzelverbrauchern zugeführt. Die sich dabei entwickelnde Hitze ist so groß, daß es fast unmöglich ist, bis zu 6 Meter Tiefe zu graben, und daß die Arbeiter einander alle zehn Minuten ablösen müssen.

Ueber die religiösen Strömungen der Gegenwart (Kudolf Steiner, Johannes Müller, die Religions-Sozialen usw.) spricht Dr. Viktor Engelhardt in der Humboldt-Hochschule, Georgenstr. 30/31, am 1. Juni. Beginn 10. Januar, abends 8 1/2 Uhr.

Die Gesellschaft für Sexualreform und Geschlechtstunde veranstaltet Donnerstag 8 Uhr Georgenstr. 34/36 einen Diskussionsabend über die Hygiene des Sports.

Berliner Pädagogische Gesellschaft. Am 11. abends 8 Uhr, wird im Institut für praktische Pädagogie, Kurfürstendamm 45, Dr. Otto Robert über „Intelligenzprüfung in der amerikanischen Armee“ Vorträge gehalten, sowie der Raum reich, zugelassen und gelten 30 M.

hatte, und selbst diese Zeitung nur in kurzem Auszuge." So wirft man sich gegenseitig Mangel an Loyalität, Parteilichkeit mit den Juden usw. vor und stellt mit "lebhafter Freude" die Schadenfreude dritter fest. Prächtige Leute, diese Böllereien, "Böllereien" und Deutschnationalen. Herr von Freitagh-Boringhoben hatte also doch recht, als er in einem Augenblick der Selbsterkenntnis Reiz und Dummheit die Haupteigenschaften dieser seiner Stippknecht nannte.

Der falsche Weg.

In einer Betrachtung über die gegenwärtige Lage schreibt der Pariser "Temps":

Wenn man die Lage untersucht, erkennt man, daß ihre zahlreichen Gründe alle zusammen sich auf einen Hauptgrund zurückführen lassen, auf die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands. Und warum schließlich ist Deutschland zahlungsunfähig? Der deutsche Staat ist deshalb zahlungsunfähig, weil er diejenigen, die die Entwertung der Mark bereichert hat, nicht zum Zahlen bewegen konnte oder wollte. Anderenfalls würde Deutschland Kredit finden. Unmöglich würde sich alles einrichten, und England wäre in einer weniger großen Verlegenheit, wie es die Vereinigten Staaten bezahlen soll. Alles in allem handelt es sich also darum, festzustellen, warum gewisse Deutsche nicht bezahlen, was sie müssen. Sie werden das nur tun, wenn sie dazu gezwungen werden.

Die Äußerungen des offiziellen Pariser Organs sind bezeichnend für die verkehrte Denkweise der maßgebenden französischen Kreise. Zugegeben, daß eine gewisse kapitalistische Schicht in Deutschland von der Entwertung der Mark profitiert und sich jeder Gesundung der Wirtschaft und der Politik hindernd in den Weg stellt. Glaubt aber der "Temps", daß er diese Kreise trifft, wenn er eine Aktion unterstützt, die dem kapitalistischen Spekulanten und der nationalistischen Reaktion nur neues Wasser auf ihre Mühlen leitet?

Sitzung der Reparationskommission.

Erklärungen der deutschen Vertreter.

Paris, 8. Januar. (E.G.) Die Reparationskommission trat heute um 3 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um die deutschen Sachverständigen in der Frage der Rohstofflieferungen anzuhören. Der französische Text des Verhandlungsberichts erwähnt, daß in eingehender Aussprache, die bis 6.20 Uhr dauerte, die Mitglieder der Kommission, die vollständig vertreten waren, mit den deutschen Delegierten debattierten. Anwesend waren von deutscher Seite die Herren Walmisgrath, Bromkowsky, Geheimräte Ruppel und Richter sowie die Mitglieder der Kriegskostenkommission n. Drigen, Fischer und Dr. Meyer. Die Reparationskommission fasste den Beschluß, morgen noch den Direktor des Kohlenhandels Bübgen um 9.30 Uhr anzuhören, da dieser heute nicht in Paris eintreffen konnte. Der Sitzungsbericht erwähnt, daß die Mitglieder der Kommission ihrem Erstausdruck darüber Ausdruck gegeben hätten, von Deutschland keine neuen Vorschläge vorgelegt zu erhalten. Bradbury äußerte sich am Schluß der Sitzung dahin, daß er sich seine Meinung bis morgen vorbehalten, sobald er die Äußerungen Bübgen kennen werde. Die Reparationskommission steht auf dem Standpunkt, daß mindestens 14-15 Proz. Kohle weniger geliefert wurde, als Deutschland aufgetragen worden sei. Die Italiener sollen ebenfalls für den französischen Standpunkt gewonnen sein und die Verfehlung Deutschlands bejahen.

Keine Sperrung des polnischen Korridors.

Der "Vossischen Zeitung" war von privater Seite mitgeteilt worden, daß der polnische Korridor von den Polen gesperrt worden sei. Wie die Telegraphen-Union von dem Reichsverkehrsministerium sowie von der Reichsbahndirektion Ostern erfährt, ist dort von einer Sperrung des Korridors nichts bekannt. Offenbar liegt auch eine Mitteilung von polnischer Seite über die Sperrung des Korridors bisher nicht vor.

Man sollte bei der Wiedergabe derartiger alarmierender Nachrichten vorsichtiger sein.

Greift Amerika doch noch ein?

London, 8. Januar. (E.G.) Die "Financial News" wollen aus gut unterrichteter Quelle erfahren haben, daß die amerikanische Intervention trotz aller anderslautenden Meldungen der letzten Tage eine an sich fest beschlossene Sache sei und daß Präsident Harding heute, am 8. Januar, den Alliierten mitteilen werde, die Vereinigten Staaten seien bereit, ihnen bei dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zur Seite zu stehen.

Paris, 8. Januar. (E.G.) Nach Informationen aus Washington beabsichtigt die amerikanische Regierung, in den nächsten Tagen an jede der alliierten Mächte eine Note zu richten, in der sie die allgemeinen Grundzüge darlegt, nach denen ihrer Meinung nach der Wiederaufbau Europas vor sich gehen müsse. Diese Prinzipien, so heißt es in der allerdings nicht offiziellen Washingtoner Information, seien folgende:

1. Revision der Reparationsfrage von „praktischen Gesichtspunkten“ aus.
 2. Möglichst baldige Zahlung der Reparationen in bar an die Alliierten mit Hilfe einer internationalen Anleihe unter der Voraussetzung, daß die Gesamtsumme der Reparationen verringert wird.
 3. Verringerung der Landstreitkräfte Frankreichs.
- Die Vereinigten Staaten ihrerseits würden dann bereit sein, auf 10 Jahre die Reparationszahlungen und die Zahlung der Zinsen der ihnen von den europäischen Staaten geschuldeten Summen zu stunden.

New York, 8. Januar. (Funkdruck.) "New York Times" meldet aus Washington: Einige Senatoren sind der Meinung, Präsident Harding werde die Resolution des Senators Reed aus Missouri über die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein zur Kenntnis nehmen. Andere glauben, er werde sie unbeschadet lassen.

Während der Debatte, die der Annahme der Resolution vorausging, sagte Reed: Nachdem wir den Friedensvertrag mit Deutschland unterzeichnet haben, haben wir mit der bewaffneten Streitmacht auf deutschen Boden nichts zu tun.

Senator Badsworth sagte, der gute Einfluß der amerikanischen Truppen in der Rheingegend sei unerschöpfbar. Der glücklichste Fleck in Europa sei Koblenz, und wenn Unruhen ausbrächen, sei die sicherste Stelle in Europa Koblenz und Umgebung.

Senator Reed (Pennsylvania) sprach die Hoffnung aus, daß die Truppen sehr bald zurückgerufen werden könnten. Er glaubte nicht, daß aus der Zurückziehung der amerikanischen Truppen die geringste Gefahr oder irgendeine Streitigkeit entstehen könnte. Als unbeteiligter Zuschauer könnte Amerika in irgendeiner Verwicklung hereingezogen werden, woran es kein Interesse habe. In bezug auf die Möglichkeit des französischen Einmarsches in das Ruhrgebiet gab Senator Reed der Hoffnung Ausdruck, daß es zu keinem militärischen Vorgehen nicht kommen werde, da der Friede Europas durch einen solchen Einmarsch aufs schwerste gefährdet werden würde.

Senator Lodge, der für die Zurücknahme ist, sagte, gerade jetzt sei eine neue Lage geschaffen worden, in der es für Amerika

Wilson und die Geheimdiplomatie.

Zur Vorgeschichte der Friedenskonferenz.

Der Mißerfolg des Präsidenten Wilson auf der Pariser Friedenskonferenz beruhte zum Teil darauf, daß die europäische Diplomatie Geheimverträge geschlossen hatte, die Wilson und seine Regierung nicht kannten und die sich mit den Grundfragen vom Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht vereinigen ließen. In diese unüberwindlichen Schwierigkeiten taucht Wilsons neues Memoirenwerk hinein, das gleichzeitig in Amerika und Deutschland erscheint. Unter dem Titel „Memoiren und Dokumente“ wird es von Wilsons Freund, R. St. Baker, herausgegeben; die deutsche Uebersetzung hat Dr. Curt Thiess besorgt, den Verlag Paul List in Leipzig übernommen. Ueber diese Geheimverträge und das Gegenstück der Wilsonschen Bestrebungen wird in dem Werk auf Grund bisher unbekannter Dokumente u. a. berichtet.

Man kann getrost behaupten, daß nach Amerikas Eintritt in den Krieg die Regierungen der Alliierten sich die amerikanischen Ideen zu eigen machten. Feierlich stimmten sie den Grundfragen des Präsidenten Wilson für den Waffenstillstand zu. Die großen demokratischen und Arbeiterparteien gingen in allen Fragen mit ihm zusammen, ja es gab sogar in den Regierungen führende Männer — besonders in Großbritannien — die ernsthaft gewillt waren, ihn zu unterstützen. Als die Friedenskonferenz begann, waren aber bei allen Nationen noch die nämlichen Elemente, vielfach sogar die gleichen Führer, am Ruder, welche

die Geheimverträge geschlossen

hatten. Nicht nur kannten und glaubten die meisten von ihnen noch an jene alten diplomatischen Methoden — waren sie doch ihr ganzes Leben hindurch darin erzogen worden — vertrauten sie doch im weitestem Umfange den militärischen Methoden, die sie gleichfalls auf beste beherrschten — wichtiger als dies alles war, daß diese Geheimverträge die wahren Ansichten, die wahren Wünsche, die als wahr erkannten Notwendigkeiten der verschiedenen Regierungen widerspiegeln. Denn was ein Mann oder eine Nation heimlich wünscht, ist Wirklichkeit, was sie sagen, ist nur Schein. Es genügt zu erwähnen, daß trotz völliger Wandlung der Verhältnisse im Verlauf des Krieges, trotz Amerikas Beitritt und trotz allgemeiner Anerkennung der amerikanischen Grundzüge, trotz des Ausscheidens Rußlands als mitredenenden Faktor beim Friedensschluß, trotz Oesterreich-Ungarns vollständigem Zusammenbruch, ja sogar trotz wiederholten öffentlichen Widerrufs der Geheimverträge, dennoch

die von den verschiedenen Nationen im Verlauf der Friedenskonferenz geforderten Bedingungen genau dem Inhalte jener Geheimverträge entsprachen.

Erst wenn man das, was in diesen alten geheimen Verträgen niedergelegt war, als ein *Conditio sine qua non* erkannt hat, wird man die ganze Bühne des Pariser Dramas wie von hellem Rampenlicht überflutet erblicken. Es ist fürwahr erstaunlich, daß sich in allen bisherigen Veröffentlichungen über die Friedenskonferenz weder ein vollständiger noch entsprechender Bericht dieser Geheimabkommen, noch eine treffende Abschätzung ihrer Wirkung auf die Beratungen findet. Der Gründe hierfür sind verschiedene: 1. Die Geheimberichte der Friedenskonferenz — in denen alle wichtigen Verträge beraten wurden — waren bisher niemand zugänglich, daher war es für die verschiedenen Autoren auch unmöglich, zu beurteilen, wie viele Tage und Seiten diesen endlosen Kontroversen, die darum tobten, gewidmet waren. 2. Einige Autoren, die zwar von dem Vorhandensein gewisser geheimer Abmachungen Kenntnis hatten, zichen es trotzdem vor, in dieser Geheimniskrämerei, so gut es eben geht, zu verharren, und verkleinern deren entstehenden Einfluß auf die Konferenz. Man mag nur Dr. André Tardieu's dickleibiges Werk, das er „Die Wahrheit über den Friedensvertrag“ benannt, durcharbeiten, der Leser wird auch nicht eine Spur eines Geheimvertrages zu entdecken vermögen. Ohne Kenntnis dieser Verträge jedoch ist jedes wahre Verständnis dessen, was sich wirklich in Paris ereignet hat, ausgeschlossen. Zwei der hauptsächlichsten Konflikte dorfselbst, über das italienische und das japanische Abkommen, sind in der Hauptsache auf das Vorhandensein von geheimen Verträgen zurückzuführen. Die düsteren Spuren der Schlange „Geheimdiplomatie“ der ersten Kriegstage entstellten auch die Debatte über die deutschen Kolonien und die Riederauflassungen in der Türkei und spielten überhaupt bei allen anderen wichtigen Streitfragen ihre verderbliche Rolle.

Es war ein festam heimtückisches Element, das der vollen Öffentlichkeit der Verhandlungen entgegenwirkte, denn es barg in sich Ziele, welche die europäischen Machthaber

offenlich nicht zu diskutieren wagten.

Es beengte und hemmte die Sachverständigen, es zwang selbst die führenden Staatsmänner Europas, hohe Einsätze gegeneinander zu wagen und zu verlieren. Das Studium der umfangreichen Berichte des Jöhner- und Biererrates in Paris hinterläßt als stärksten Eindruck jene Verwendung von Zeit — kostbarer Zeit, unerschöpfbarer Energie — verwendet bei den Verträgen, Wege zu finden, sich über, durch oder um diese alten geheimen Fallstricke zu winden. Dori und nicht bei den Verhandlungen über den Waffenstillstand ging die Zeit verloren. Es ist zum Beispiel schierunmöglich, die Umstände zu begreifen, unter denen sich kleine Staaten wie Serbien und Rumänien in die Konferenz eintraten, sowie die Haltung und Doppelzüngigkeit der Großmächte ihnen gegenüber zu verstehen, ohne volle Kenntnis des Geheimvertrages mit Rumänien und der Sorgfalt, mit der dieser Vertrag sogar vor Serbien verborgen wurde, einem Verbündeten, der gerade damals bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit gegen die Zentralmächte kämpfte, obwohl gerade Serbiens Interessen einschneidend von diesem Vertrage berührt wurden. Wenn man die nachfolgende Unterredung, die sich kurz nach Eröffnung der Konferenz im Jöhnerrat abspielte, betrachtet, enthält sich einer der schamlosesten Vorgänge des gesamten Krieges:

Wesulich (der serbische Delegierte) hat mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß die rumänische Delegation die Ansprüche ihres Landes zum Teil auf das Geheimabkommen von 1916 stützt. Als dieser Vertrag abgeschlossen wurde, kämpfte Serbien an der Seite der Alliierten, ohne irgendwelche Sicherheiten zu verlangen, im festen Vertrauen, daß nach Beendigung des Krieges ein Friedensvertrag nach den Grundfragen der Gerechtigkeit, nach den Grundfragen der Selbstbestimmung der Nationen und in Uebereinstimmung mit den feierlichen Versprechungen der Alliierten geschlossen würde.

Clemenceau bemerkt, daß es ihm unbekannt wäre, daß es sich bei dem Abkommen von 1916 um einen Geheimvertrag gehandelt hätte.

Wesulich entgegnet, daß dieser Vertrag nicht nur niemals veröffentlicht worden sei, sondern daß ihm, so oft er als Vertreter einer verbündeten Macht auch im Ministerium des Äußeren vorgeprochen hätte, um sich nach den Bedingungen des Vertrages

bedauerlich wäre, in der Reparationsfrage zwischen Frankreich und England Partei zu ergreifen.

Während die Debatte im Senat ihren weiteren Verlauf nahm, wies der Kriegssekretär die Gerüchte zurück, daß an General Allen Welungen ergangen seien über die Zurücknahme der amerikanischen Truppen in dem Augenblick, wo Frankreich seinen Vormarsch antreibe.

Zweierlei Maß.

Schweidlich, 8. Januar. (W.B.) Die Strafkammer verhandelte heute gegen 20 Angeklagte, die am 1. Juli auf dem Reichsbahnhof Marktplatz einen Sturm auf die Polizeiwache ausgeführt hatten.

zu erkundigen, stets die Auskunft erteilt worden sei, die Bedingungen dieses Vertrages könnten nicht bekanntgegeben werden.

Braskanu (der rumänische Delegierte) erklärt, daß die Verhandlungen über die Ansprüche Rumäniens bereits 1916 in London begonnen hätten, später aber nach Petrograd verlegt worden seien, da Petrograd für die Untersuchung der östlichen, speziell der serbischen Fragen, für geeigneter befunden wurde.

Wilson (der französische Minister des Äußeren) verlas dann den letzten Paragraphen des Vertrages, der seine Geheimhaltung bis Kriegsende verlangt.

Diese Unterredung zeigt am deutlichsten, welche Atmosphäre des Mißtrauens diese geheimen Verträge in Paris erzeugt hatten. Derartige nur gerücheltweise verlautbarten Geschichten infizierten die kleinen Nationen mit Argwohn. Wer konnte wissen, ob nicht noch andere geheime Abmachungen existierten oder hinterrücks abgeschlossen waren? Wer vermochte zu sagen, ob nicht auch gegenwärtig noch Geheimverträge getätigt wurden? Doch nicht nur die kleinen Nationen mißtrauten ihren großen Verbündeten, sondern die großen Alliierten begaardmühten ebenfalls einander.

In solch einer Atmosphäre trat Präsident Wilson mit einer an die Nationen gerichteten

Forderung, einander zu vertrauen

und sich gegenseitig Glauben zu schenken. Denn die Grundlage der alten Diplomatie war Mißtrauen, die Basis der neuen, wenn es überhaupt zu einer neuen kommen sollte, müßte wechselseitiges Vertrauen sein. Dieses gegenseitige Vertrauen aber, von Nation zu Nation, konnte genau wie das Vertrauen der Menschen zueinander nur auf Wahrhaftigkeit, Offenheit und Klarheit der Ziele beruhen. Um der Wahrheit die Ehre zu geben, sei es gesagt, — der dokumentarische Beweis hierfür läßt sich leicht erbringen — daß diese geheime Diplomatie nicht nur zur Zeit des alten bewaffneten Friedens für Europa einen Fluch bedeutete, sondern sogar

fast den Verlust des Weltkrieges für die Alliierten herbeigeführt

hätte. Denn sie erzeugte in allen Ländern, besonders in Großbritannien und Italien, tiefgründige innere Unzufriedenheit und Mißtrauen bei der Arbeiterschaft und den liberalen Parteien. Man darf nicht vergessen, daß bei Ausbruch des Weltkrieges die Welt eine völlig andere war als, sagen wir, die Welt Napoleons, mit einer weit besser disziplinierten, organisierten und ihrer selbst bewußten arbeitenden Klasse, die in sämtlichen kriegsführenden Ländern die Macht des Wahlszettels besaß. So gewaltig waren 1914 diese Gruppen in verschiedenen Ländern erstarkt, daß sie sich direkt im Besitz der politischen Macht befanden (? Red. d. B.) über, wie in Rußland, vor einer Revolution standen. Sie waren Gegner des gesamten alten militärischen und diplomatischen Systems. Gleich Präsident Wilson forderten sie eine „neue Ordnung“, eine „neue Welt“, wenn sie ihre „neue Ordnung“ auch in sehr verschiedener Weise begründet. Als der Weltkrieg ausbrach, waren wie mit einem Schlag alle Klassenkämpfe und alle Arbeiterunruhen vergessen in einer finsternen Enschlossenheit, den Eindringling zurückzuweisen, denn die preussische Monarchie bedeutete für sie das Symbol alles dessen, was sie haßten.

Aber diese vollständige Einigkeit währte in allen europäischen Ländern nur kurze Zeit. Die mächtigen Arbeiter- und sozialistischen Parteien gingen bald wieder an, unruhig zu werden. Von jeher kannten und fürchteten sie die alte Diplomatie und brachten auch ihren Regierungen tiefgründiges Mißtrauen entgegen. Sogar schon ehe die Existenz von Geheimverträgen bekannt geworden war, argwöhnten diese oppositionellen Schichten, daß es ihren Regierungen keineswegs nur auf eine Verteidigung der alliierten Nationen gegenüber deutschen Eingriffen ankomme, sondern daß sie auch nach Gebiets-erweiterungen und eigenem nationalistischen Machtzuwachs strebten. Nur zu bald sollte dieser Argwohn Bestätigung finden. Reun Monate nach Kriegsbeginn, am 26. April 1915, wurde

der Geheimvertrag von London

unterzeichnet, der Italien in den Krieg führte. Da die europäischen Demokraten die Italien (zwangsweise) gemachten Versprechungen wenigstens teilweise kannten, so wußten sie auch, welche Gefahren hinter solchen anzeigensichlichen Vereinbarungen lauerten. Es war ihnen auch bekannt, daß noch andere geheime Abkommen unter den Alliierten im Gange waren; wie sie vermuteten,

ein Vertrag mit Rußland betreffs Konstantinopel

und, wie sie genau wußten, jener vom August 1916, der Rumänien zum Eintritt in den Krieg bewog. Aber sie waren nie sicher, ob sie auch alle Bedingungen dieser Vereinbarungen kannten. Da, sie vermuteten — wie wir heute wissen, mit vollem Recht —, daß es daneben noch andere Abkommen gäbe, von denen sie überhaupt keine Kenntnis besaßen. Diese Geheimpolitik veranlaßte einerseits die oppositionellen Gruppen, die Tragweite dieser Vereinbarungen zu überschätzen, auf der anderen Seite verhinderte sie verantwortliche Staatsmänner wie Asquith und Grey, die Gründe zu nennen, welche die Alliierten gezwungen hatten, z. B. Italien und Rumänien Versprechungen zu machen, um sie zu bewegen, an die Seite der Verbündeten zu treten. Es ist ja klar, daß auch die radikalen Gruppen — obwohl ihre Furcht vor Geheimverträgen begründet war — sie als willkommene Waffe in dem allgemeinen Kampfe der Opposition gegen die im Amte befindliche Regierungsgewalt benutzten.

Nach dem deutschen Friedensangebot vom Dezember 1916 forderte Präsident Wilson — vom Wunsche befeelt, einen klaren Ueberblick über die wahren Kriegsziele zu erhalten, und beunruhigt durch Gerüchte von geheimen Abmachungen — die Kriegsführenden auf, ihre Friedensbedingungen in allen Einzelheiten bekanntzugeben. Am 10. Januar 1917 (drei Monate vor Amerikas Kriegserklärung) liesse die erste umfassende Note der Alliierten ein. Wenn man diese Erklärung mit unseren heutigen Kenntnissen betrachtet, erstaunt man über ihre völlige Verschwiegenheit. Der im April erfolgte Eintritt Amerikas in den Krieg verlieh natürlich Mr. Wilsons machtvollen Bemühungen, den Kriegsziele der Alliierten neue und aufbauende Ziele zu setzen — ihnen eine hohe moralische Prägung zu geben —, erhöhte Wirksamkeit. Doch Zweifel und Argwohn der Opposition waren nur für kurze Zeit zur Ruhe gebracht. Neues Material fierte — oft über Feindesland — nach wie vor durch, daß ihre Regierungen ihnen gegenüber nicht mit offenen Karten spielten, daß sie in den Geheimverträgen getroffenen Abmachungen keineswegs mit Aufstellung der neuen Kriegsziele erklärungen aufgegeben worden seien, ja, daß es sogar noch andere geheime Abkommen gäbe, von denen man überhaupt in der Öffentlichkeit keine Kenntnis hatte. So veröffentlichte z. B. die alte russische Regierung (kurz vor ihrem Sturz im März 1917) — ein letzter Versuch, um im Boite wieder festen Fuß zu fassen, ein Ver- such, der freilich gerade die entgegengesetzte Wirkung hatte — die Abmachungen, auf Grund deren die Alliierten insgeheim versprochen hatten, Rußland als Kriegsbeute Konstantinopel zu überlassen.

Sämtliche Angeklagten wurden verurteilt, teilweise zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr neun Monaten. Auch zwei mitangeklagte Frauen erhielten je ein Jahr Gefängnis.

Niemand billigt Kravalle. Aber die Härte solcher Strafen steht in schroffem Gegensatz zu der Milde, mit der die deutsche Justiz nach der anderen Seite schonend vorgehen versteht. Der immer schroffere Widerspruch muß endlich zur energischen Justizreform führen, auf die wir so lange warten.

Heinrich Rippler hat die Chefredaktion der volksparteilichen „Zeit“ niedergelegt. Sein Nachfolger ist Edward Spielh.

Gewerkschaftsbewegung

Urabstimmung in der Metallindustrie.

Die Funktionäre lehnen den Schiedsspruch ab.

Die Funktionäre der Metallarbeiter haben gestern im „Kriegervereinshaus“ zu dem am 3. Januar im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch über die Januarlöhne Stellung genommen. Ueber den Gang und das Ergebnis der Verhandlungen mit den Arbeitgebern vor Anrufung des Schiedsgerichts sowie auch über den Schiedsspruch wurde von Ulrich berichtet. Die Vertreter der Arbeitgeber lehnten jede Lohnerhöhung vor dem 15. Januar ab. Direktor Huhn von der Firma Löwe habe gemeint, die Metallarbeiter müssten doch auch Rücksicht auf die Allgemeinheit nehmen. Und von anderer Seite meinte man, daß die Beratungen in Paris nicht durch eine Lohnbewegung gestört werden dürften. Auch die Stimmung Amerikas müßte erst abgemerkt werden. Ulrich verweist darauf hin, daß die Arbeitgeberorganisation heute einheitliche Direktiven herausgibt. Es sei hohe Zeit, daß nunmehr auch seitens der Arbeiterschaft die einheitliche Industriekategorie geschaffen und mit dem Luxus der Zerstückelung ausgeräumt werde.

Von den Vertretern der Arbeiterschaft wurde die Entscheidung des Schiedsausschusses im Reichsarbeitsministerium angerufen. Dieser fällt einen Spruch, dessen wesentlichen Inhalt wir bereits veröffentlicht haben.

Nach dem Schiedsspruch ist für die Erklärung über Annahme oder Ablehnung eine Frist bis Mittwoch Mitternacht festgelegt.

In der Aussprache wurde das Verhalten der Arbeitgeber scharf verurteilt. Ueberwiegend sprachen sich die Redner auch gegen die Annahme des Schiedsspruches aus. Andererseits klang aus den Reden heraus, daß der Bruderkampf unter der Kollegenchaft aufzuheben und ein festes einheitliches Zusammenarbeiten herbeigeführt werden müsse. Bei der Abstimmung wurde der Schiedsspruch mit großer Mehrheit abgelehnt. Am Dienstag und Mittwoch bis Mittag findet nun in den Betrieben eine Urabstimmung über den Spruch statt. (Siehe Inserat.)

Die Urabstimmung, die in der Funktionärerversammlung der Metallarbeiter zum Ausdruck gekommen ist, wird niemand verwundern. Trotz der anhaltenden Leuerung behaupteten die Unternehmer schlantweg, daß diese zum Stillstand gekommen sei. Sie verweigerten jede Lohnerhöhung auch mit dem Hinweis auf die Stabilisierung der Mark. Wenn man nun sieht, daß der Dollar wenige Tage nach der Ankündigung der Markstabilisierung auf 9500 gestiegen ist, dann müssen die Arbeiter die Behauptungen der Unternehmer als Verhöhnung empfinden.

Wir wollen ohne weiteres zugeben, daß die Unternehmer nicht voraussehen konnten, daß die Verhandlungen in Paris scheitern würden und daß statt der Markstabilisierung die Ruhrbesetzung kommen wird. Die Arbeiter fragen sich aber mit Recht, wer sie davor schützen wird, daß die Spekulation auch aus dem nationalen Unglück einer Ruhrbesetzung durch Hinzuftreten der Devisen und der Preise neue unerhörte Gewinne auf Kosten der Arbeiter einbringt. Sie haben bisher nichts davon gehört, daß das Kabinett Cuno, das den Unternehmern sicherer steht als den Arbeitern, irgendwelche Maßnahmen zu treffen beabsichtigt, um den Hyänen des nationalen Unglücks ihr unlauteses Handwerk zu legen. Die Arbeiter fühlen ganz richtig, daß sie allein Opfer bringen sollen. Die Funktionäre der Metallarbeiter haben dieser Urabstimmung den entsprechenden Ausdruck gegeben.

Der Schiedsspruch im Bergbau.

Gestern vormittag wurden im Reichsarbeitsministerium die Verhandlungen über die Neuordnung der Bergarbeiterlöhne fortgesetzt. Die Unternehmer verharteten nach wie vor auf ihrem Standpunkt, die Lohnerhöhungen erst am 15. Januar in Kraft treten zu lassen, während die Arbeitnehmer sie schon für die Zeit ab 1. Januar forderten. Unter diesen Umständen sah sich das erste Schiedsgericht genötigt, seine Arbeit einzustellen. Die im Anschluß hieran stattfindenden Einzelgesprächen zwischen den Beteiligten führten bis 8 Uhr abends zu keinem Ergebnis. Im Hinblick auf die gespannte Lage im Ruhrgebiet wurden die Verhandlungen jedoch fortgesetzt, um noch im Laufe der kommenden Nacht eine Entscheidung herbeizuführen.

Abends 9 Uhr wurde schließlich ein Schiedsspruch folgenden Inhalts gefällt:

Die Löhne der Bergarbeiter im Ruhrrevier werden ab 1. Januar um durchschnittlich 700 M. pro Schicht einschließlich Soziallohn erhöht. Vom 12. Januar tritt eine weitere Lohnerhöhung von 1000 M. pro Schicht in Kraft. Die Parteien behalten sich infolge der schwankenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse das Verhandlungsrecht eventuell für Neuverhandlung der Löhne noch im Januar vor. Weiter ist vereinbart, daß die vom 1. Januar ab fällige Lohnerhöhung bei der nächsten Abschlagszahlung zur Auszahlung gelangt.

Die am Sonntag im Ruhrgebiet abgehaltenen Bergarbeiterversammlungen waren sehr gut besucht und sind ruhig verlaufen. In allen Versammlungen wurden Entschlüsse angenommen, die besagen, daß die Bergarbeiter sich bei den kommenden Ereignissen geschlossen hinter die Leitung der Organisation stellen werden. Den zur Führung der Berliner Lohnverhandlungen beauftragten Mitgliedern wurde das Vertrauen ausgesprochen. Lohnerhöhungen sollen nur vorgenommen werden, wenn sie ab 1. Januar Geltung haben. Der Beschluß der letzten Vertrauensmännerversammlung bezüglich des Ueberarbeitsabkommens wurde in allen Versammlungen gutgeheißen.

Entschlossene Ablehnung fand die kommunistische Propaganda für ein kündigungsfreies Abbrechen der Ueberarbeit ab 15. Januar. Ebenso wurde eine Beteiligung an dem Kampf der SPD. und der Union gegen den Vorstand des Bergarbeiterverbandes verworfen.

Die Margarinefabriken bauen ab! Die Löhne, nicht die Preise.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband wird uns geschrieben: Während in einer Reihe von Branchen die Unternehmer anscheinend die legendäre Stabilisierung der Mark (Dollar 9500) dadurch herbeiführen wollen, daß sie jede weitere Erhöhung der bestehenden Löhne verweigern, gehen die Unternehmer der Margarineindustrie noch einen Schritt weiter. Sie scheinen den besonderen Ehrgeiz zu besitzen, die ersten zu sein, welche mit dem Lohnabbau beginnen. Der Deutsche Transportarbeiterverband hat für die gewerkschaftlichen Arbeitnehmer der Berliner Niederlagen der auswärtigen Margarinefabriken einen Tarifvertrag abgeschlossen, welcher von den Unternehmern zum 31. Dezember 1922 gekündigt wurde, und zwar mit der Erklärung, daß sie sich dem Arbeitgeberverbande in der Berliner Buttergroßhandelskammer angeschlossen hätten. Das letzte Lohnabkommen sah für die zweite Dezemberhälfte einen Wochenlohn von 18 480 M. vor. Da für den Buttergroßhandel für

diese Zeit nur 12 500 M. vereinbart waren, machten die Unternehmer kurzen Prozeß und zahlten ihren Arbeitnehmern für die erste Januarwoche ebenfalls nur diesen Lohn, also rund 6000 M. pro Woche weniger als im Dezember!

Dieses Vorgehen ist um so unerhörter, als gerade die Margarineindustrie während und nach dem Kriege enorme Gewinne erzielt. Da erst in den letzten Tagen die Margarinepreise bedeutend erhöht worden sind, die Preise aller übrigen Lebensmittel und Bedarfsartikel ebenfalls immer weiter steigen, kann man die Maßnahme der Unternehmer nur als eine bewusste Provokation der Arbeiterschaft ansehen. Verständlich erscheint dieses Vor-

An unsere Postbezieher

Auf verschiedene Anfragen geben wir nochmals bekannt, daß der Differenzbetrag zwischen Post- und tatsächlichen Bezugspreis für die Monate November und Dezember J. für deutsche Postabnehmer, welche für das vierte Vierteljahr, resp. die Monate November und Dezember den Abonnementbetrag zusammen voraus bezahlt haben, 650 M. beträgt. Monatsabnehmer, welche für den Monat November resp. Dezember den Bezugspreis beim Postamt einzeln entrichteten, haben für November 150 M. und für Dezember ebenfalls 150 M. nachzuzahlen. Für den Monat Januar d. J. beträgt die nachzuzahlende Differenz 200 M. Vorwärts-Verlag

gehen, wenn man erfährt, daß an der Spitze des Arbeitgeberverbandes, dem sich die Margarinefabriken angeschlossen haben, der bei allen Arbeitnehmern des Buttergroßhandels berühmte Herr Rupp, früher Abgeordneter im Dreiklassenparlament, jetzt Direktor der Müller u. Braun L.-G., steht. Dieser Herr will die traurige Rolle, welche er als Lohnrücker im Buttergroßhandel spielt, anscheinend auf die Margarinefabriken übertragen, deren „enorm hohe“ Löhne ihm schon längst ein Dorn im Auge waren. Angeblich haben die Herren die Unterstützung der Technischen Ratschiff (?) zugesichert erhalten, um die Verlorung Berlins mit einem der wichtigsten Nahrungsmittel sicherzustellen. Wir möchten allerdings bezweifeln, daß man die Technischen Ratschiff einsehen wird, um bei der zunehmenden Leuerung einen Lohnabbau von 30 Proz. durchzuführen.

Die Arbeitnehmer der Margarinefabriken sind fest entschlossen, sich dem Diktat ihrer Unternehmer nicht zu unterwerfen, sondern werden den von diesen leichtfertig herausbeschworbenen Kampf aufnehmen und in dem Streit treten, um eine weitere Verschlechterung ihrer Lebenslage zu verhindern. Dieses Vorgehen der Arbeitnehmer beweist wieder einmal, daß es Pflicht aller Proletarier ist, sich fester als je zusammenzuschließen, um der Unternehmerrfront eine geschlossene Phalanx der Arbeiterschaft entgegenzustellen.

Lohnabschluß in der Lederverwaren-Industrie.

Am Donnerstag fand in Börsen Resthallen eine Versammlung der Lederverwarenindustrie statt, in der Herr Hoff den Jahresbericht gab. Anschließend erfolgte die Wahl der Branchenleitung und der Agitationskommission. Der bisherige Branchenleiter Herr Hoff (SPD.) wurde mit 609 Stimmen gegen Fröhlich (KPD.) gewählt. Letzterer erhielt 144 Stimmen.

Anschließend berichtete der Vorsitzende Hume über die letzten Lohnverhandlungen und teilte mit, daß die Lohnregulierung auf zentraler Grundlage vorläufig ausgesetzt und bezirksweise verhandelt wird. Zum Bezirk Berlin gehört die Provinz Brandenburg. Abgeschlossen wurde für 3 Wochen, vom 28. Dezember 1922 bis 19. Januar 1923. Der Mindestlohn für Facharbeiter über 23 Jahre beträgt 443,75 M. für Hilfsarbeiter 403,50 M. Arbeiterinnen bekommen über 20 Jahre 230,25 M. und Steverinnen 301,90 M. Lehrlinge im 1. Jahr 1096,55 M., im 2. Jahr 2442,60 M.; im 3. Halbjahr 8106,25 M. und im 6. Halbjahr 8328,10 M. pro Woche. Die Erhöhung beträgt 25 Proz. und sind diese Prozente auf die bestehenden Löhne zu zahlen.

Gescheiterte Verhandlungen in der Tabakindustrie.

Die Verhandlungen über die Januarlöhne in der deutschen Zigarrenindustrie sind gescheitert. Die Arbeitgeber lehnten die Forderungen der Tabakarbeiterverbände ab und weilerten sich, irgendwelche Gegenangebote zu machen. Von den Tabakarbeiterverbänden ist das Reichsarbeitsministerium angerufen worden. In keinem Betriebe dürfen irgendwelche Sonderabmachungen getroffen werden.

Die bösen Hauptvorstände und die braven Kommunisten

Die Arbeit der kommunistischen Kaulwürfe, die im Schweiße ihres Angesichts in den Gewerkschaften wühlten und Jellen bauen, Jellen, die die Kräfte und Säfte des Gewerkschaftskörpers absorbieren, wird offenbar immer noch nicht genügend gewürdigt. Die Kommunisten wollen doch nur „die Einheitsfront“ mit Moskau herstellen, da ihnen die Amsterdamer Einheitsfront zu reformistisch, zu bureaukratisch, zu wenig radikal erscheint. Da sind es denn immer wieder die „unfähigen“ und „feigen“ Gewerkschaftsbonzen, die sich der großen Weltrevolution in den Weg stellen wollen, und unter ihnen natürlich in erster Linie die „konterrevolutionären“ Hauptvorstände. Man sollte es nicht für möglich halten, wie die Hauptvorstände, nach den Berichten der „Roten Fahne“, sorgefroh die Verbände zerschlagen. Erst hat der Hauptvorstand des Bauarbeiterverbandes damit begonnen, nun kommt der des Fabrikarbeiterverbandes noch dazu, und die übrigen Hauptvorstände werden sicherlich folgen, falls nicht die Mehrheit der Mitglieder kleinräumig Kommunisten werden. . . . Die Bren- und Konforten sind es, die anarchische Zustände in ihrer Organisation schaffen, die sie gerümpeln wollen, um ihre Diktatur zu erhalten.“ Das ist zwar Unsinn, aber es ist kommunistisch.

Nicht genug damit, daß der Fabrikarbeiterverband den Streit in Ludwigshafen nicht sanktioniert und damit den „großen“ Betriebsrätekongreß nicht anerkannt hat. Außerdem aber ist die Leitung des Fabrikarbeiterverbandes bis heute noch immer nicht kommunistisch. Das besagt alles, darum taugt sie nichts, „zertrümmert“ sie die Ortsgruppen, in denen die Kommunisten mühsam die Mehrheit errungen haben, so daß die Verbandsführungen für sie nicht mehr gelten, sondern die Moskauer Direktiven.

Da die Kommunisten selber „prinzipienfest“ genug sind, um „schmäbliche Kompromisse“ in jeder Weise abzulehnen, bleiben nur zwei Möglichkeiten. Entweder die gesamten Gewerkschaften mit dem UDB. machen ihren Pakt mit Moskau und stellen so „die Einheitsfront“ her, oder aber sie stellen sich dem rüchlossten, anmaßenden, verleumdenden und mitunter — wie in Ludwigshafen — geradezu verbrecherischen kommunistischen Treiben entgegen und „zerschlagen“ die Verbände. Sei's drum! Halten wir die gewerkschaftlichen Satzungen und die gewerkschaftliche Disziplin hoch und — lassen die kommunistische Presse weiter toben.

Theorie und Praxis.

Ueberall wird Sparfameit und Verringerung der Beamten und Angestellten durch die Regierung befohlen, und mit Recht. Wie sieht es aber in der Praxis aus?

Bei der Hauptauslandsstelle der Reichssozialverwaltung, bei welcher am 31. Dezember über 100 Angestellte entlassen wurden, während Ende März weitere Entlassungen bevorstehen, damit für überzählige Post- und Eisenbahnbeamte freie Stellen geschaffen werden, sind im letzten halben Jahre ungefähr 10 Herren, meist Rechtsanwältle, Assessoren a. D. und Offiziere a. D., zu Regierungsräten eingezogen worden. Wird etwa hierdurch gepart? Die Herren sind bisher auf Privatdienstvertrag angestellt, durch die Uebernahme als Regierungsräte und Anrechnung eines ziemlich hohen Dienstalters, zum Teil sind diese Herren doch schon über 40 Jahre alt, tritt zweifellos eine neue Belastung des Staates und später der Pensionskasse ein. Die Einwendung, daß diese Herren sonst nicht in ihren jetzigen Stellungen bleiben, ist nicht stichhaltig, denn sonst wären sie schon lange weg und hätten ein eigenes Reichsanwaltschaftsbureau aufgemacht. Im Gegenteil: die Beförderung besteht, daß die Herren nach der Ernennung zum Regierungsrat und Festsetzung des Dienstalters möglichst bald verziehen, mit Pension verabschiedet zu werden und diese Gelegenheit nur benutzen, um eine Pension zu erreichen.

Wie verhält es sich ferner mit dem Gehalt der Sparfameit, daß noch dauernd außer den Post- und Bahndirektoren bei genannter Dienststelle Herren auf Privatdienstvertrag neu eingestellt werden?

Auch hierüber muß Klärung geschaffen werden. Der Einwand, daß bei der Hauptauslandsstelle nur Volljuristen tätig sein können, ist nicht stichhaltig, da bereits genügend Juristen dort sind, um vor dem Reichswirtschaftsgericht die Vertretung zu übernehmen und um Gutachten abgeben zu können.

Man hat 2. B. folgende Herren zur Beförderung als Regierungsräte eingezogen: Die Rechtsanwältle Gilling, Weizner, Terich, Böwe und Teß, die Gerichtsassessoren a. D. Koch, Lorenz und Hamann, sowie den Major a. D. Warstein. Ferner wurden am 2. Januar 1923 neu angestellt der Rechtsanwältle und Notar End, sowie der Assessor a. D. Kaut, angefordert wurden der Rechtsanwältle Gaebe, sowie der Assessor v. Biedebach und vier weitere Referendare.

Die Steffiner Hafenarbeiter sind gestern vormittag wegen Lohn-differenzen in den Auslauf getreten. Im Hafen hat jegliche Beschäftigung aufgehört. Die Arbeiter verlangen eine 50prozentige Lohnerhöhung ab 1. Januar.

Die Ausbildung des Betriebsrates

bei 25 in der nun bald dreijährigen Praxis des Betriebsrätegesetzes als unzureichende Voraussetzung für eine fruchtbare Tätigkeit des Betriebsrates im Interesse seiner Belegschaft, im Interesse der Arbeiterbewegung überhaupt, erweisen. Diese Notwendigkeit der Schulung hat die Berliner Arbeiter- und Gewerkschaften für erkannt und ihr durch Errichtung des Betriebsräte-Schulungsinstituts entgegengetreten.

Die Berliner Betriebsräte-Schule unterhält heute 8 Unterabteilungen: Zentrum, Norden, Nordwesten, Südosten, Osten, Südwesten, West, Ost. Dort werden Kurse aus den Gebieten des Arbeiterrechts, des Betriebs- und Betriebswirtschafts, der Volkswirtschaft, der Sozialversicherung und der Hygiene abgehalten. Für Lehrgänger sind besondere Einrichtungsmaßnahmen getroffen. Die Schulungskosten zum Preise von 30 M. (für Arbeitslose unentgeltlich), sowie Unterichtsverzeichnisse sind in den Ortsvereinigungen der Gewerkschaften und in der Betriebsrätezentrale, Spandauer Str. 24-25, 2. Hof, 1. Et., erhältlich.

Für alle diejenigen, die erstattet an ihrer Ausbildung arbeiten, steht die Frage im Mittelpunkt: Wie schule ich mich am besten, um die Interessen meiner Belegschaft wahrzunehmen? Diese Frage läßt sich nur individuell beantworten. Zu diesem Zwecke finden Montags und Freitags von 4-7 Uhr im Bureau der Schule

Lehrerberatungssprechstunden

statt. Nicht nur die Betriebsräte, sondern alle Kollegen und Kollegen, die bei gelingender Arbeit ungenötigt sind, aber sich in der Wahl der für sie geeigneten Kurse unklar fühlen, finden zur Benutzung dieser Sprechstunden auf. Jedem wird auch in der Bildungsarbeit, von Grund an systematisch erbaute, indem die Diskussionsarbeit zu vermeiden suchen, werden wir der Arbeiterbewegung am besten dienen.

Abteilung, Spezialkurse! Heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Vertrauensmännerversammlung.

Zentralverband der Angestellten. Sitzung der Reichlichen Vertrauensmännerversammlung. Heute abend 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Kommodorenstr. 65-64. — Gewerkschaftslehre. — Nord- und Westdeutsche: Mitgliederversammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr im Rosenheller Hof, Rosenheller Str. 11-12. — Gemeindeführer (Verbandsleiter): Offizieller Teil der Versammlung am Mittwoch abend 7 1/2 Uhr in Jochenheims Resthallen, Neue Friedrichstr. 35. — Reichsanwaltschaftslehre: Mitgliederversammlung Donnerstag abend 7 1/2 Uhr in Jochenheims Resthallen, Neue Friedrichstr. 35.

Aus der Partei.

Der diesjährige Parteitag der Belgischen Arbeiterpartei vom 31. März bis 2. April in Brüssel wird neben Organisationsfragen vor allem die Frauenfrage und die Schulfrage beraten; letztere spielt bei der gemischtsprachigen (wallonischen und flämischen) Bevölkerung Belgiens und der starken Stellung des Merkantilismus eine große innerpolitische Rolle.

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Abendkurs: Jugendheim, Platanenstr. 12, Vortrag: „Die Geschichte der Arbeiterbewegung“. — Abendkurs: Jugendheim, Gellenerstr. 5, Vortrag: „Das Sozialistengesetz“. — Neutal III: Jugendheim, Regattstr. 33, Mitgliederversammlung. — Norden: Jugendheim, Gellenerstr. 5, Vortrag: „Sozialismus und Landesverfassung“. — Vertrauensmännerversammlung: Jugendheim, Gellenerstr. 5, Vortrag: „Einigkeit und Schicksal“. — Vertrauensmännerversammlung: Der Vertrauensmännerversammlung am Mittwoch 7 Uhr im Jochenheims Resthallen, Neue Friedrichstr. 35. — Reichsanwaltschaftslehre: Mitgliederversammlung. — Gellenerstr. 5, Vortrag: „Jugendheim, Platanenstr. 12, Vortrag: „Die Vertrauensmännerversammlung“.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsanwaltschaftslehre: Mitgliederversammlung am Sonntag, den 14. Januar, vormittags 9 Uhr, im Restaurant, Gellenerstr. 71. Die Vertrauensmännerversammlung und der Provinz Brandenburg sind verpflichtet, für die Anwesenheit ihres Verbandes Sorge zu tragen. — Vereine, die in unserem Lande noch fernhalten, sind ebenfalls eingeladen. — Vertrauensmännerversammlung. Zu her am Sonntag, den 21. Januar, vormittags 9 1/2 Uhr, in der Gellenerstr. 71 stattfindenden Vertrauensmännerversammlung entzweit jeder Verein auf 15 Mitglieder einen Delegierten. Die Vereinsabrigentien können mit beratender Stimme teilnehmen. — Reichsanwaltschaftslehre: teilnehmer und hinterbliebenen, Ortsgruppe Neutal III. Generalversammlung am 11. Januar in der Wula des Kaiserlich-Realgymnasiums, Neutal III, Kaiser-Friedrich-Str. 209-210. — Vertrauensmännerversammlung: „Einigkeit und Schicksal“. Dienstag von 7-9 1/2 Uhr, Uebungsausschuss für Damen und Herren in der 126. Gemeindefschule, Gellenerstr. 107a.

Abendkurs bis Mittwoch mittag. Nicht, teilweise auffarend, jedoch überaus reichhaltig mit Vorträgen bei möglichen wechlichen bis nordwestlichen Winden.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dieter Hoff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag: Reichsanwaltschaftslehre, m. H. G., Berlin. Druck: Formschneider-Druckerei u. Verlagsanstalt Carl Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3, Straß 1. Blatt.

Bei Kopschmerz
Citrovanille
Rasch wirkend
Erhältl. in Apotheken

Weinbrand Wintelhäuser Alle Reserve

Die Frau als Richter.

Nach den weiblichen Schöffen haben nunmehr auch weibliche Geschworene ihren Einzug in die Gerichte genommen. Bei den Schwurgerichtsperioden, die gestern am sämtlichen drei Landgerichten in Moabit einsetzten, waren Frauen auf der Geschworenenliste. Die Vorstehenden würdigten den Einzug der Frauen als Geschworene durch besondere Ansprachen. Beim Landgericht II richtete Landgerichtsdirektor Peltsohn eine längere Rede an die Geschworenenbank, in der er ausführte: „Die Geschworenenbank zeigt heute bei uns und wohl überhaupt in Preußen und Deutschland zum erstenmal ein anders geartetes Bild durch die Mitwirkung des weiblichen Elementes. Durch die Zulassung der Frauen zum Amte eines Schöffen und Geschworenen ist ihnen eine langgehegte, heikumpfte Forderung erfüllt. Denn es ist ja allgemein bekannt, daß seitens der juristischen Berufswelt und auch der breiteren Öffentlichkeit häufige und mitunter recht eingehend begründete Zweifel laut geworden sind, ob diese Zulassung eine Verbesserung oder ob sie nicht vielleicht eine Verschlechterung der Rechtspflege bedeute. An den zu diesen Zweifeln berufenen Frauen wird es nunmehr sein, diese Zweifel in der Praxis zu klären. Wer, wie ich, als Vormundschöffe- und Strafrichter so häufig Gelegenheit gehabt hat, die Frauen in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu beobachten, der wird mit mir der Ansicht sein, daß diese große Zahl der Frauen jedenfalls eine nicht alltägliche langjährige Erfahrung auf dem hier einschlägigen Gebiet des Strafrechts und der strafrechtlichen Psychologie mit sich bringen, die ihnen in der Praxis sicher von großem Nutzen sein wird.“ — Auch beim Landgericht I würdigte Landgerichtsdirektor Jung die Neuerscheinung durch eine besondere Ansprache, indem er die weiblichen Geschworenen auf ihre Aufgaben hinwies und vorlegte, daß ihr Spruch mit ihrem Gewissen in Einklang stehen müsse. Auf der Spruchliste des Landgerichts I standen unter 30 Geschworenen vier Frauen. Bei dem ersten Urteilsfall wurden über die ausgelassenen drei weiblichen Geschworenen sämtlich vom Staatsanwalt abgelehnt. — Beim Landgericht II war nur eine weibliche Geschworene einberufen, die aber nicht durch das Los gezogen wurde. Dagegen wirkte gleich am ersten Tage beim Landgericht II in der Strafsache gegen Frau Helene Philippborn, über die wir an anderer Stelle berichten, eine weibliche Geschworene mit, Frau von Stubenrauch, die Witwe des früheren Landrats und späteren Polizeipräsidenten von Stubenrauch. Zum ersten Male wird übrigens nunmehr auch ein weiblicher Amtsanwalt auf Grund der neuesten Verordnung vom 30. Dezember 1922 in Moabit auftreten. Beim Amtsgericht Tempelhof wird die Referendarin Fräulein Dr. Berent jetzt selbständig das Amt eines Anwalts ausüben.

Um den Mann...

Verzweiflungstat einer betrogenen Ehefrau.

Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III stand am Montag eine Frau Helene Philippborn unter der Anklage der verübten Tötung. Der Mann der Angeklagten unterhielt seit mehreren Jahren ein Liebesverhältnis mit der jetzt 30jährigen Fräulein Ida Bod. Die Tat wird in ihren feilschen Gründen nicht eher verständlich, wenn man die Ausführungen beachtet, die der Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Juliusburger, machte. Unter den Geschworenen befand sich auch eine Frau.

Die Angeklagte, die bereits seit 22 Jahren verheiratet ist, versuchte das Verhältnis ihres Mannes mit der Bod auseinander zu bringen, u. a. dadurch, daß sie der Bod Geldbeträge anbot, damit sie sich außerhalb Berlins eine neue Existenz gründen könne. Die Bod hatte ihr darauf erwidert, wenn sie von Berlin fort sei, würde Philippborn sie nach ganz kurzer Zeit zurückholen. Nachdem alle Versuche, die Sache gütlich zu regeln, fehlgeschlagen waren, begab sich die Angeklagte am 30. Januar 1922 in die Wohnung der Bod, Ludwig-Kirch-Str. 21; sie hatte zwei geladene Revolverpistolen bei sich. Während sie mit der Zeugin Bod sprach, rief ihr Mann an und die Bod unterhielt sich längere Zeit mit ihm am Telefon. Die Angeklagte geriet dadurch in einer derartigen Erregung, daß sie die Pistole zog und auf die Bod schoss, die von einem Streifschuss in der Brust getroffen, sofort niedersiel. Der hinzukommenden Wirtin der Bod sagte sie ruhig: „Ich habe die Geliebte meines Mannes erschossen!“

(Nachdruck verboten. Der Kallit-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

6) Von John dos Passos. „Achtung!“ ertönte es von der anderen Seite. Er machte seinen Hals und seine Arme so steif wie möglich. Aus den schweigenden Baracken hörte man das harte Aufschlagen der Offiziersstiefel. Ein bleiches Gesicht mit hohlen Augen und schwerem, quadratischem Kiefer kam John Andrews näher. Er starrte gerade vor sich hin und bemerkte rötliche Haare auf dem Adamsapfel des Offiziers und Zeichen der noch neuen Offizierswürde auf der anderen Seite des Kragens. „Sergeant, wer ist der Mann?“ ertönte es aus dem bleichen Gesicht. „Weiß nicht, Herr Beunant, ein neuer Rekrut. Korporal Balori, wer ist der Mann?“ „Sein Name ist Andrews, Sergeant,“ sagte der italienische Korporal mit unterwürfigem Ton in seiner Stimme. Der Offizier sprach jetzt Andrews direkt an, schnell und laut: „Wie lange sind Sie in der Armee?“ „Eine Woche.“ „Wissen Sie nicht, daß Sie jeden Sonnabend um neun sauber rasiert und bereit für die Inspektion sein müssen?“ „Ich reinigte gerade die Baracken.“ „Ich werde Ihnen noch Karmagen, daß man nicht antwortet, wenn ein Offizier einen anspricht.“ Der Offizier sprach die Worte mit Sorgfalt, als ob er sich auf ihnen ausruhe. Beim Sprechen schaute er verstohlen auf seinen Vorgesetzten und bemerkte etwas Unwilliges im Gesicht des Majors. Sein Ton verwandelte sich langsam: „Sollte dies noch einmal vorkommen, können Sie sicher sein, daß disziplinarisch gegen Sie vorgegangen wird. ... Achtung dort!“ Am anderen Ende der Baracke hatte sich ein Mann bewegt. Wieder konnte man in der absoluten Stille den regelmäßigen Schritt der Offiziersstiefel hören. „Aun, Kerls, alle zusammen!“ rief der Mann, der mit weit ausgestreckten Armen vor der Filmleinwand stand. Das Piano begann zu klingen, und der vollgefüllte Raum zusammengedrängter Soldaten gröhnte:

„Heil, heil, wir sind die Soldaten,
Wir werden uns den Kaiser holen,
Wir werden uns den Kaiser holen,
Wir werden uns den Kaiser holen!“

Die Balken hallten wider von den tiefen Stimmen. Der Mann ließ aus seinem mageren Gesicht einen befrüchtigten Ausdruck hervorquellen:

„Noch einmal!“ sagte der Mann, „alle zusammen!“ Der Film hatte begonnen. John Andrews sah flüchtig um sich: in das Gesicht des Jungen aus Indiana, der neben ihm sah, auf die braunen Gesichter und kurzgeschorenen Köpfe, die sich aus den kalzigelkleideten Körpern um ihn erhoben. Manchmal irrten ein paar Augen ab von dem weißen flackernden Licht der Filmwand. Wogen von Gelächter oder von Zurufen gingen hin und her. Sie waren ja alle so gleich. In Augenblicken schienen sie nur ein einziger Organismus zu sein. Das war es ja, was er gesucht hatte, als er ins Heer eintrat, — sagte er zu sich selbst. Hier wollte er Zuflucht suchen vor dem Schrecken der Welt, der ihn befallen hatte. So war es viel besser, alles gesehen lassen, den verrückten Wunschnach Musik aus sich herausstreuten, sich in den Schlamm allgemeiner Sklaverei hineinducken. Immer noch kitzte die dumpfe Wut über die Stimme des Offiziers an diesem Morgen in ihm: „Sergeant, wer ist der Mann?“, der Offizier hatte ihm ins Gesicht gestarrt, wie man vielleicht ein Stück Möbel anstarrt.

„Ist das nicht ein ordentlicher Film?“ Christfield wandte sich ihm zu mit einem Lächeln, das die Wut vertrieb und ein angenehmes Gefühl der Kameradschaft in ihm weckte. „Der nächste Teil ist fein, ich habe ihn schon in Frisco gesehen,“ sagte der Mann an der anderen Seite von Andrews. „Wenn man das gesehen hat, haßt man die Hunnen.“ Der Mann am Klavier kimperte mühselig während der Pause zwischen den beiden Teilen des Films. Der Junge aus Indiana beugte sich vor Andrews, legte den Arm um dessen Schulter und sprach den anderen Mann an: „Du bist aus Frisco?“ „Jaa.“ „Das ist richtig komisch. Du kommst von der Küste, der ist aus New York und ich aus Indiana.“ „Welche Kompagnie?“ „Bis jetzt keine.“ „Der und ich machen Innendienst.“

Steuer angefallenen Fonds zur weiteren Verbilligung des Milchpreises zu benutzen, versiel der Ablehnung gegen die Rechtspartei.

Kein neuer Straßenbahntarif.

Einstellung des Straßenbahnbetriebes nach 9 Uhr abends?

Der Antrag der Straßenbahnverwaltung, vom 10. Januar ab 120 M. für die einfache Fahrt zu erheben, wurde gestern in der Verkehrsdeputation abgelehnt. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß die verhältnismäßig geringere Erhöhung des Tarifes von 50 auf 70 M. den Vorteil gehabt habe, daß die Abwanderung sich in mäßigen Grenzen bewegt habe. Es sei infolgedessen angebracht, die Tarifierhöhung, soweit sie unvermeidlich sei, nur schrittweise vorzunehmen. Ein dementsprechender Antrag auf 100 M. wurde ebenfalls abgelehnt, so daß es vorläufig bei dem 70-M.-Tarif bleibt. Da bei diesem Tarif zurzeit mit einer täglichen Mindereinnahme von rund 15 Millionen Mark gerechnet werden muß (die Angabe der Direktion auf 17 Millionen ist wohl zu hoch gegriffen), so entsteht für die Straßenbahn eine sehr schwierige Situation. Sie hat im Dezember zum erstenmal Barzusküsse in Höhe von 97 Millionen aus der Kammerschleife entnehmen müssen. Die Magistratsvertreter erklärten, daß die Stadtkasse keine weiteren Zuschüsse zahlen könnte und stellten die Einstellung des Straßenbahnbetriebes nach 9 Uhr in Anbetracht der Ablehnung der Tarifierhöhung in Aussicht. Der Magistrat wird jedenfalls sich Mittwoch mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Aufklärung des Steglitzer Raubmordversuchs.

Wie erinnerlich, war an der 65jährigen Rentiere Cäcilie Puppe in der Sedanstr. 5 zu Steglitz in der Nacht vom 2. zum 3. Januar ein Raubmordversuch verübt worden. Gestern nachmittag ist der Kriminalpolizei die Festnahme der Täter gelungen. Die Stiehe, die sich unter dem Namen Margarete Eggert aus Görlitz vermielt hatte, ist eine 33 Jahre alte Metallarbeiterin Marie Seidel geb. Kersting aus der Düppelstraße 264 zu Steglitz. Sie hatte erfahren, daß Frau Puppe eine Hülle für den Haushalt suchte und sich daraufhin zum Schein bei ihr vermietet. Ihr Mittäter, der 22 Jahre alte Drechsler Friedrich Rahat aus der Reubenburger Str. 23 zu Berlin, der ebenfalls ermittelt und dingfest gemacht werden konnte, ist ebenso wie sie selbst ein phantastischer Anhänger der Kommunisten. Es geht dies nicht nur aus ihren Äußerungen bei dem Verhör, sondern auch aus Druckschriften hervor, die bei ihnen gefunden wurden. Angaben darüber, ob die beiden Verhafteten nicht noch für andere ähnliche Verbrechen in Betracht kommen, nehmen Kriminalkommissar Gernat im Berliner Polizeipräsidium und Kriminalkommissar Hofenjäger im Polizeiamt Steglitz entgegen.

Was kostet der Zucker?

Gegenwärtig wird immer wieder im Publikum die Frage aufgeworfen, was der auf die Januarabnahme der Zuckertarife erhaltliche Zucker eigentlich koste. Die Frage läßt sich, da für Zucker Höchstpreise nicht festgesetzt sind, nicht einheitlich beantworten. Die verschiedenartige der geforderten Preise erklärt sich daraus, daß die im Handel befindliche Ware sich auf den verschiedensten Absatzpreisen aufbaut. In der Hauptsache rührt der jetzt zum Verkauf gelangende Zucker aus Mengen her, die zum Grundpreise von 200 M. je Pfund ab Raffinerie bezogen worden sind und die unter Berücksichtigung der hinzutretenden Sorten- und Ortszuschläge der Frachten, Groß- und Kleinhandelsspannen im allgemeinen nicht unter etwa 280 M. je Pfund abgegeben werden können. Daneben kommt in Kürze Ware auf den Markt, die bereits ab Fabrik 260 M. kostet, andererseits verfügen viele Geschäfte noch über erheblich billiger eingekaufte Zucker, den sie natürlich entsprechend billiger zu verkaufen verpflichtet sind. Bei Ware, die zu verschiedenen Preisen bezogen ist, können aber auch Durchschnittspreise berechnet werden. Bei dem auf die Zuckertarife erhaltlichen Zucker handelt es sich im übrigen keinesfalls, wie immer noch vielfach irrtümlich angenommen wird, um „Magistratszucker“ im Sinne der früheren Zwangswirtschaft. Nach der von der preussischen Regierung erlassenen Verordnung vom 14. Oktober 1922 gilt vielmehr für den Verkehr mit Zucker — von der Rationierung abgesehen — grundsätzlich freier Handel. Die „Zuckerkontrollstelle“, der jetzt die Aufsicht über die Zuckerverteilung in Berlin obliegt, ist nicht etwa ein Organ des Magistrats, sondern ein auf Grund der erwähnten preussischen Verordnung geschaffener Selbstverwaltungskörper des Zuckerhandels.

„Mistige Chose... ich heiße Fuselli.“
„Ich Christfield.“
„Ich Andrews.“
„Wie lange dauert es, bis man aus diesem Übungsplatz rauskommt?“
„Weiß nicht. Manche sagen drei Wochen, andere sechs Monate. ... Vielleicht kommt Ihr in unsere Kompagnie. Gestern haben sie 'ne Kaffe verteilt, und der Korporal sagt, daß Neue statt deren kommen werden.“
„Versucht nochmal! Ich will doch über See gehen.“
„Da drüben ist's fabelhaft!“ sagte Fuselli. „Alles ist schön. Pittorest, wie man sagt, und die Leute gehen in Bauernkleidung herum. Ich hatte einen Onkel, der mir davon erzählt hat. Er kam aus der Nähe von Turin...“
„Wo ist das?“
„Weiß nicht. In Italien.“
„Wie lange dauert die Ueberfahrt?“
„Na, so eine Woche oder zwei,“ sagte Andrews.
„So lange.“ Doch der Film hatte wieder begonnen. Auf der Leinwand erschienen Soldaten in Fiedelhauben, die in kleine belgische Städtchen einmarschierten, wo von Hunderten gezogene Milchwagen und alte Frauen in Bauernkleidung zu sehen waren. Man pfiß und lachte, sobald eine deutsche Flagge erschien, und wie die Truppen auf dem Bilbe vormarschierten, die Zivilisten in großen, weiten Hosen, alte Frauen in steifen Hauben bajonettierten, stießen die in das stückige Theater gepferchten Soldaten wilde Flüche gegen sie aus. Andrews fühlte, wie ein blinder Haß sich in den jungen Männern um ihn herum regte wie etwas, was ein eigenes Leben besitzt. Er verirrte sich darin, wurde davon weggeschwemmt wie von der wilden Flucht einer erschreckten Viehherde; der Schrecken legte sich wie eine drohende Hand um seinen Hals. Er beobachtete schein die Gesichter um sich herum. Sie waren alle gespannt und rot und glänzten vor Schweiß in der Hitze des Zimmers. Beim Verlassen des Raumes hörte Andrews, in einem festgeschlossenen Strom von Soldaten eingepfercht, einen Mann sagen: „Ich habe nie in meinem Leben eine Frau vergewaltigt. Aber bei Gott, ich werde es tun. Ich würde die Welt darum geben, ein paar von diesen verdammten deutschen Weibern zu vergewaltigen.“
„Auch ich haße sie,“ ertönte eine andere Stimme. „Männer, Frauen, Kinder und Ungeborene.“
„Das sind wirkliche Biester, sich von einer Schar Kriegsherren regieren zu lassen!“ (Fortsetzung folgt.)

Aus den städtischen Ausschüssen.

Bei der Beratung der 5-Milliarden-Vorlage in der gestrigen Sitzung des Staatsauschusses teilte der Oberbürgermeister Böh mit, daß die Verhandlungen mit den privaten Gas- und Elektrizitätswerken, die ebenfalls zur Deckung der städtischen Ausgaben herangezogen werden sollten, gescheitert seien. Das Scheitern der Vorlage ist dadurch vollkommen ungewiß geworden. Es wird sich kaum eine Fraktion finden, die einer einseitigen und prozentual bedeutenden Erhöhung der Tarife der städtischen Werke zustimmen wird. Die Notwendigkeit, die vom Magistrat angeforderten Summen aufzubringen, wurde von keiner Seite bestritten. Auch die sehr eindringlichen Schilderungen der Magistratsvertreter über die furchtbare Not der von der Wohlfahrtspflege zu betreuenden Volksschichten wurde eigentlich von niemandem angezweifelt. Da der Kämmerer erkrankt war, und die ganze Diskussion sich eigentlich nur noch um die Frage der Deckung drehte, ist die Beratung auf Sonnabend vertagt worden. — Die einheitliche Müllabfuhrregelung für Groß-Berlin ist an einen Ausschuß überwiesen. Dieser beschloß gestern, vor weiteren Entscheidungen eine genaue Prüfung des Vertrages zwischen der Stadt und der Wirtschaftsgenossenschaft vorzunehmen.

Ein tapferer Polizeiwachmeister.

In der vergangenen Nacht gegen 3 Uhr überraschte der Polizeiwachmeister H. von der 2. Hundertschaft der Abteilung Tegeel acht Räuber, nachdem sie bereits die Taloufen des Schanklokals von Bolander in Reinickendorf, Eichbornstr. 8, geschnitten hatten und in das Lokal eindringen wollten. Trotz der Ueberzahl stellte er sich ihnen entgegen und forderte sie auf, mit zur Wache zu gehen. Statt jeder Antwort fielen die Einbrecher über den Beamten her und mißhandelten ihn dergestalt, daß er mit starken Gesichtsverletzungen besinnungslos zusammenbrach. Passanten fanden ihn auf und brachten ihn zur nächsten Wache. Nachdem er sich etwas erholt hatte, begab sich der pflichtgetreue Wachmeister in Begleitung eines Kameraden sofort nach der Eichbornstraße zurück und es gelang ihm, wenigstens einen der Täter, den 21 Jahre alten Arbeiter Alfred Hammer aus Reinickendorf, der gerade im Begriff stand, in das Lokal von Teffendorf in derselben Straße einzudringen, zu fassen. Auf dem Wege zur Wache gelang es, noch vier weitere Täter, die sämtlich in Reinickendorf wohnen, festzunehmen. Der Haupttäter, der 22 Jahre alte Schornsteinfeger Ernst Kirsten aus Reinickendorf, wurde wenige Stunden später in seiner Wohnung dingfest gemacht.

Selbstmord eines Bürgermeisters.

Zwischen dem Potsdamer Oberbürgermeister Vohberg als Kläger und seiner Frau schwelte seit einiger Zeit die Ehegeschickel. Als Hauptzeuge trat der frühere Potsdamer Stadtrat Dr. Lippert auf, der zuletzt Bürgermeister der Stadt Soest war. Lippert, der in Soest seit kurzer Zeit verheiratet war, war zur Vernehmung nach Potsdam gefahren, ohne seiner Frau über den Zweck der Reise etwas zu sagen. Vor dem Richter hatte Dr. Lippert unter seinem Eid sodann bestritten, zu Frau Vohberg in Beziehungen gestanden zu haben, während ein Diener gleichfalls unter seinem Eid ausgesagt machte, die denen Dr. Lipperts widersprochen. Es war nun der Verdacht aufgetaucht, daß Dr. Lippert, um Frau Vohberg zu schaden, falsche Aussagen gemacht hatte, und infolgedessen war ein Strafverfahren gegen ihn zu erwarten. Er ist dem Verfahren jedoch zuvor gekommen und hat in Soest seinem Leben durch Selbstmord ein Ende gemacht.

• Zu der 85-Millionen-Unterschlagung, über die wir berichteten, erfahren wir, daß der flüchtige Täter, der 17 Jahre alte Banklehrer Herbert Wagh nach den weiteren Ermittlungen seinen Streich planmäßig vorbereitet und durchgeführt hat. Von den 10 Tausend-Dollarnoten, die er sich aneignete, hat er, weil er über andere Mittel nicht verfügte, zunächst eine sofort umgewandelt, mit großem Bedacht aber nicht in deutsches Geld, sondern in kleine Dollarnoten, weil das weniger auffällig war.

Sprechchor für die proletarischen Feiertage. Donnerstag abend 7 Uhr im Gellingsaal der Sophienstraße 16/17, Übungsstunde. Die Kinder kommen um 5 Uhr, Eltern um 5 Uhr Sitzung des Ausschusses.

Der Milchpreis in München wurde von 202 auf 250 M. erhöht.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Stadtverordnetenfraktion.

Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß die heutige Fraktionsitzung bereits um 5 Uhr beginnt.

Auf Befehl des Bezirksvorstandes findet Sonntag, den 18. Februar, ein außerordentlicher Bezirksstag statt. Die Tagesordnung enthält ein Referat über die politische Lage und den Bericht über den Stand der Organisation nach der Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien. Außerdem wird die Wahl des Bezirksvorstandes statifinden, entsprechend den auf dem Einigungsprotokoll in Nürnberg angenommenen Bedingungen. Einzelheiten über die Wahl der Delegierten usw. wird den Abteilungen per Direktur mitgeteilt. Anträge und Vorschläge für die Wahlen sind dem Bezirkssekretariat bis zum 15. Februar einzureichen.

Heute, Dienstag, den 9. Januar:

- 20. Verwaltungsrat, Reinickendorf, Tegeel, Rosenhain und Hermannsdorf. 7 1/2 Uhr Sitzung der Funktionärinnen des Kreises in Reinickendorf-Ort, Bernauerstraße 66, Zimmer 60.
- 74. Abt. Schiedsamt. 8 1/2 Uhr bei Widler, Potsdamer Straße, Sitzung des Vorstandes und aller Funktionäre.
- Romanen. Mitgliederversammlung diesmal heute 7 1/2 Uhr in der Aula des Realgymnasiums. Referat des Genossen Fritz Audehl. Erst den am Mittwoch 7 1/2 Jahre alt werdenden „Mitten Reich“ durch zahlreichen Besuch.
- Jugendgruppen. Gruppe Wilmersdorf 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Parkstraße 10, Arbeitsgemeinschaft „Rechtswesen“. Referat Genosse Feigenträu.

Mitgliederversammlungen am Mittwoch, den 10. Januar:

- Erstehen sämtlicher Genossen Pflicht, da über alle wichtigen Tagesordnungen sind.
- 1. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schule Auguststr. 68. Tagesordnung: Vortrag, Quartalsbericht und Bericht über den 1. Bezirk.
- 2. Abt. 7 1/2 Uhr bei Ohnigsmach, Romanenbontenstr. 38. Thema: „Repressionen und Wirtschaft“. Referat Genosse Emil Anst. Gäste und Freunde sind eingeladen.
- 3. Abt. (Euchelstraße 129-144). 7 1/2 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Angelierstr. 25. Thema: „Die Hungerkatastrophe“. Referat Genosse Dr. Wofca, W. d. R.
- 4. Abt. 7 1/2 Uhr im Ellendahl-Garten, Eichenbühlstr. 50. Thema: „Die Bedeutung der sozialen Baubetriebe“. Ref. Genosse Hermann Widmann, W. d. R.
- 5. Abt. 7 1/2 Uhr im Bürgerheim, Alte Schönhauser Str. 23-24. Thema: „Unser Verhältnis zur auswärtigen Politik“. Referat Genosse Dr. Dretters.
- 6. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Ruppiner Str. 48. Neuwahl der Abteilungsleitung.
- 7. Abt. 7 1/2 Uhr im Gellingsaal des Humboldt-Gewerksiums, Gortensstr. 23. Thema: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Pariser Konferenz für Deutschland“. Referat Genosse Kurt Richter.
- 8. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pöchlitzstr. 18. Thema: „Das Reichsmittelmeergebiet“. Referat Genosse Döhl.
- 9. Abt. 7 1/2 Uhr im Pöchlitzstr. 18 und 182. Bezirk bei Hammerfeld, Pöchlitzstr. 182-183. Bezirk bei Haber, Stephanstr. 11; 184-185. Bezirk bei Hufendach, Friebergstr. 65.
- 10. Abt. 7 1/2 Uhr in der Gemeindefschule Alt-Roabit 28. Referat Genosse Aufhäuser.

Arbeiter-Sport

Mit der AWJ. im Harz.

Vor kurzem haben mehr als fünfzig Arbeiterportier, ausgerüstet mit Skier und Rosselkitten, von Berlin nach Koenigsberg, um auf Einladung der dortigen Sportgenossen an einem gemeinsamen Arbeiter-Wintersportfest teilzunehmen. Einer der Teilnehmer der Fahrt sendet uns darüber den folgenden Bericht:

In der Jugendherberge war für unsere Unterkunft bestens gesorgt. Zu unserem lebhaften Bedauern waren aber die sanft abfallenden Hänge der Wernigeröder Gegend gänzlich ohne Schnee. So wurde beschlossen, am nächsten Tage in die Berge zu fahren. Die mit leichtem Harth überzogene Schneedecke, die wir hier fanden, gab jedem die Gelegenheit, die „Wunder“ des Schneeschuhs zu genießen. Doch bald waren die kleinen Hindernisse überwältigt und der ganze Tag wurde mit Freude genossen. Im ersten Feiertag fuhren wir mit der Bahn bis zur Station Elend. Von hier ging es mit den Brettern auf der Schulter nach Schierke, dem deutschen St. Moritz. Schierke und Balmutjongsleure in Sportkostümen von schreienden Farben, promenierten hin und her, die Schritten wie kleine Hündchen an der Leine hinter sich herziehend. Mit dem Gesang der Internationalen zogen wir die Dorfstraße entlang. Dann ging's hinauf zum Vater Broden. Hoher Schnee hülfte ihn ein. Wunderbarer Raubreif lag auf den Telegraphenstangen der eingeschneiten Brodenbahn; das Brodenhotel blühte im Sonnenschein wie Tausende von Kristallen. Dem Auge boten sich unschreibliche Naturschönheiten. Nach kurzer Rast machten wir uns zum schönsten Abschnitt des Tages fertig, der Abfahrt. Die Bretter glitten in rascher Fahrt über den Schnee. Immer wilder wurde die Fahrt, dann wieder verlangsamte sie sich, das Gelände wurde flacher. Bald war die nach Schierke führende Bobbahn erreicht, auf der es in tollem Tempo hinabging. Es schlug vom Kirchturm fünf Uhr, als wir alle wieder unten waren und zum Bahnhof zurückgingen, um den Zug nach Wernigerode zu erreichen. So vergingen die Tage wie im Fluge, noch immer war Wernigerode ohne Schnee. Nach einigen Tagen bestiegen wir zum zweiten Male den Broden. Früh fing es schon an zu schneien, und wir freuten uns, die letzten Tage im winterlichen Wernigerode zu verbringen, da die Bahnfahrten mit ihren Unkosten unseren unterernährten Geldbeutel stark in Anspruch genommen hatten. Doch der Wettersport machte unsere Pläne juniche. In den ersten Nachmittagsstunden trat bis zu einer Höhe von annähernd neuhundert Metern Lawewetter ein. Als wir abends Wernigerode erreichten, lagen die Straßen in einem ähnlichen Morast, wie wir ihn von Berlin her kennen. Das Sportfest mußte abgesetzt werden, da keine Beförderung der Witterungsverhältnisse zu erwarten war. Wir aber gönnten uns nun Ruhe. Silvester fanden sich die anwesenden Sportgenossen, die aus vielen Gegenden hier weilten, zu einer kleinen Feier zusammen. Musik, Rezitationen ersten und heiteren Inhalts, ein lehrreicher Vortrag über Alpinismus und Wintersport und originelle Schattenspiele, ausgeführt von Mitgliedern der AWJ, vervollständigten das Programm. So kam das neue Jahr heran, auch von uns Sportlern begrüßt, ernst und würdig, nicht mit Gejohle und dem unmäßigen Alkoholgenuß, ohne den viele glauben, die Jahreswende nicht bestehen zu können.

Am 1. Januar traten wir die Heimfahrt an. Zum Schluß möchte ich an dieser Stelle den Genossen Biele, Jepsmeißel und Kirsh unseren Dank aussprechen. Wünschen wir, daß der eingeschlagene Weg weiterhin fruchtbar wirkt und uns immer mehr unserer sportliebenden Brüder zuführt, damit wir auch diese Geisr und Körper stählende Sportart für unsere große Arbeiterportbewegung erobert können.

Eine kommunistische Sportzeitung.

Man schreibt uns: Die Arbeiterportbewegung befindet sich überall in guter Entwicklung, die Mitgliederzahlen sind ebenso wie die Zahl der Vereine bedeutend gestiegen. Dieser gute Aufstieg ist scheinbar einer Anzahl

kommunistischer Mitglieder nicht besonders angenehm. Durch Hineintragung des Parteifreies geben sie sich alle Mühe, die tatsächlich vorhandene Einheitsfront zu lösen. In dieser Beziehung betätigt sich besonders der Berliner „Arbeiterport“, der Propaganda für die nur auf dem Papier stehende „Rote Sportinternationale“ macht. Auch der Kreisvorstand, in dem die gleiche Richtung die Mehrheit hat, macht Klatsche für diese 3. Internationale und will auf dem Kreisstag Propagandareben über dieses Luftgebilde halten lassen. Die Arbeiterportler haben auf ihrem ersten Kongreß in Luzern eine Internationale gebildet. Bei der Beratung und Programmgebung haben Franzosen, Deutsche, Belgier usw. in brüderlicher Weise Grundzüge und Ziele des Arbeiterports festgelegt. Auch der Richtungsstreit wurde völlig ausgeföhren, obwohl Vertreter aller drei Richtungen zugegen waren. Im Jahre 1925 wird die Internationale in Frankfurt a. M. olympische Wettkämpfe abhalten, die zum ersten Male nach dem Kriege ein großes Spiegelbild internationalen Sports zeigen werden. Im Interesse des Arbeiterports kann nur gewünscht werden, daß dieses internationale Fest Einmütigkeit und Solidarität zum Ausdruck bringt. Alle Veruche des Berliner „Arbeiterport“, diese Solidarität durch Propagierung von parteipolitischen Sondergründungen zu sabotieren, verdienen die schärfste Mißbilligung. Wenn die Vereine große Summen aufbringen sollen, um die Zeitung „Arbeiterport“ zu finanzieren, so können sie vor allem verlangen, daß jede Art von Parteipropaganda unterlassen wird.

Fußballresultate vom Sonntag:

Sparta-Teutonia 3:2; Sparta 2-Teutonia 2, 2. unvollst. Gef.-Spiel, 3:0; Sparta 3-Friedrichshagen 3:0; Sparta-Jug.-Fichte 2:3; Fichte-Gef.-Jug.-Wacker-Jug. 3:1; Fichte-Gef. 4-Bernau 4:1; Fichte-Gef. 3-Wacker-Jug. 3:1; Fichte-Gef. 4-Bernau 3:1; Fichte-Gef. 3-Wacker 2:0; Fichte-Gef. 2-Wacker 2:2 (abgeh.); Fichte-Gef.-Wacker 0:0; F. d. angest. Friedrichshagen-Reutlin-Beig 3:1; Luftig-Gef.-Concordia 4:2.

Hockeyresultate vom Sonntag:

Roland 1-Lichtenberg II 1:1; Moabit 1-2, S. C. 1:1:0; T. S. C. 2-Moabit 3:0; Wilmersdorf 1-Schlüterberg 1:1:0; Wilmersdorf 2-Lichtenberg 1:0:2; Lichtenberg 1-2, S. C. 1:1:0 (a. l. Jan.); Charlottenburg 1-Fichte XII 2:4:0; Charlottenburg 2-Roland 2:1:0; Fichte III 2-Fichte I 2:0:0; Schlüterberg 2-Fichte XII 2:2:2; Fichte-Orf 1-Fichte XII 1:3:4; Schlüterberg 1-Fichte-Orf 1:0:0.

Der Berliner Schwimmverein „Freiheit“ hält am Sonntag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, im Seebad Prenzlauer Berg, Döberitzer Straße, ein Schwimmfest ab. Alle sportliebenden Kreise der arbeitenden Bevölkerung Berlins werden hiermit eingeladen. Die Schwimmfest findet in der Wägen-Brannerei statt. Der referierte Nachabend findet jeden Donnerstag in der Städtischen Badeanstalt Döberitzer Straße von 7 1/2-8 1/2 Uhr statt, wo Gäste willkommen sind.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, 1. Kreis, 8. Bezirk. Schwimmwettbewerb am Sonntag, den 13. Januar, 7 Uhr, Mühlent., Ede Brunnstraße (Wacker-Bad), Nähe Schlesischer Bahnhof. Sonntag: „Arbeiten des Schwimmwärters in der Badeanstalt“.

Spartaverein Moabit. Reichhaltige Hofen, Turnen, Männer-, Frauen-, Jugendabteilung, jeden Sonntag, Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr in der Turnhalle Rosfelder Str. 22. Schülerabteilung jeden Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr ebenda. Hofen-Konkurrenz: Walter Dufse, Ebersdorfer Str. 48. Am Dienstag, den 23. Januar, Vereins-Jahressammlung bei F. Witz, Rosfelder Straße 26.

Arbeiter-Turn- und Sportbund, die für den sofortigen Uebertritt zum T. S. „Naturfreunde“ sind, sind zu der Versammlung am Montag, den 15. Januar, abends 7 Uhr, im Gellingsaal der Schiller-Platz, am Ede Wetterstraße, eingeladen. Mitgliedsliste des T. S. legitimiert.

Turn- und Sportverein „Fichte“, Berlin, Mittwoch, den 10. Januar, abends 7 Uhr, Kinderturnausführung, Weinmeisterstr. 14.

Rosfelder-Turn- und Sportverein. Sitzung am Ballenplatz des Rosfelder-Turn- und Sportvereins am 4. Februar im Sportplatz beteiligten Organisationen senden ihre Techniker zur Befehung des Programms in die Sitzung am Freitag, den 12. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der Gesellschaft, Abender Straße 108.

W. R. R. „Solidarität“, Jugendabteilung. Jugendheim: Christburger Straße 14. Heute 48 Uhr Vortrag des Genossen Seeger über Reigenfahren. Fremde Gäste sowie Jungvolker anderer Abteilungen herzlich willkommen.

- 11. Abt. 7 1/2 Uhr bei Berger, Senckenstr. 21. Thema: „Die auswärtige Lage“. Referat Genosse Paul Reul, W. d. R. Stellungnahme zur Neuwahl der Reichsleitung. Wahl der Delegierten. Sämtliche Funktionäre erscheinen wegen einer wichtigen Besprechung bereits vollständig um 7 Uhr und haben zur Besprechung ein.
- 12. Abt. 7 1/2 Uhr in den Verminius-Alten, Bremer Straße, Vortrag und Stellungnahme zur Reichsleitung durch Genosse Reul.
- 13. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schule Bernauer Str. 39-40. Thema: „Die Bedeutung der Pariser Konferenz“. Referat Genosse Kurt Richter, W. d. R.
- 14. Abt. Pöchlitz 7 1/2 Uhr bei Richter, Pöchlitzstr. 54. Thema: „Die politische Lage“. Referat Robert Jendel.
- 15. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Tegeel Str. 18-20. Thema: „Partei und Gewerkschaften“. Referat Genosse Döhl.
- 16. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Wilmersdorf, Ede Poststraße. Thema: „Die Parteiführung“. Referat Dr. Rosow.
- 17. Abt. 7 1/2 Uhr in der Aula der Grauen Schule, Gothenburger Str. 4. Thema: „Die innerpolitische Lage“. Referat Konrad Ludwig, W. d. R.
- 18. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Christianstr. 35-39. Thema: „Die Wirtschaftslage“.
- 19. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pöchlitzstr. 15-17. Thema: „Das Reichsmittelmeergebiet“. Referat Genosse Schulz.
- 20. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pöchlitzstr. 47-48. Thema: „Unsere Volkswirtschaft“. Referat Genosse Dr. Kolm.
- 21. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Wilmersdorf, 48. Thema: „Die politische Lage“. Referat Adolf Hoffmann, W. d. R.
- 22. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Christburger Str. 14. Thema: „Die Sozietät der Arbeiterpartei“. Referat Genosse Döhl.
- 23. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pöchlitzstr. 3. Thema: „Die Berliner Kommunistenpolitik der Sozialdemokratie“. Referat Genosse Reul.
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Sonnenburger Str. 3. Konferenzordnung: 1. „Das Reichsmittelmeergebiet“. Referat Eduard Höper, 2. Neuwahl der Abteilungsleitung.
- 25. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Schönhauser Allee 106. Verhandlungswesen.
- 26. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula in folgenden Schulen: Bezirk 108-114 bei Schierke, der, Pöchlitzstr. 48; 115-124 bei Reul, Danziger Str. 71; Bez. 125, b, c, 126, d, 127, 128, 129, 130, 131 bei Glatz, Linderstr. 71; Bez. 132 bis 137 bei Rodhaus, Schlemmerstr. 39; Bez. 138-139 bei Heuer, Schleimannstr. 29; Bez. 140-141 bei Kämpel, Döberitzer Str. 33.
- 27. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pöchlitzstr. 49-51. Thema: „Wirtschaftsfragen“. Referat Genosse Kurt Seeger, W. d. R. Neuwahl der Abteilungsleitung.
- 28. Abt. Pöchlitz in den bekannten Schulen.
- 29. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Lange Str. 21. 1. Vortrag des Genossen Dietrich Kohn: „Das Reichsmittelmeergebiet und seine Auswirkung auf die Volkswirtschaft“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Kreisvertreter. 4. Abteilungsangelegenheiten. 5. Verhandlungen. Die Kreisvertreter müssen einladen. Einleitendes Eröffnen erforderlich, da der Saal um 10 Uhr geräumt werden muß. Die Aula ist geheizt. Mitgliedsbuch mitbringen. Die Funktionäre müssen vollständig 1 Stunde vor Anfang der Versammlung erscheinen.
- 30. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Hohenlohestr. 10. Wichtige Tagesordnung.
- 31. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Elend Str. 18. Thema: „Die politische Lage“. Referat Bürgermeister John.
- 32. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlungen in folgenden Schulen: Bez. 354-356, 361, 371 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 357, 363 in der Schule Sonnenbühlstr. 38; Bez. 367, 368, 369 bei Bunde, Pöchlitzstr. 33; Bez. 370, 371 bei Kohn, Rigor Str. 40; Bez. 372, 373, 374 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 375, 376 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 377, 378 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 379, 380 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 381, 382 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 383, 384 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 385, 386 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 387, 388 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 389, 390 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 391, 392 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 393, 394 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 395, 396 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 397, 398 bei Köhler, Rigor Str. 40; Bez. 399, 400 bei Köhler, Rigor Str. 40.
- 33. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schule Petersburger Str. 4. Thema: „Die Stabilisierung der Wirt und Steigerung der Produktion“. Referat Genosse Dr. Kierendorff.
- 34. Abt. 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung an Stelle der Pöchlitz in der Schule Rosfelder Str. 22. Alle Funktionäre müssen anwesend sein.
- 35. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula Pöchlitzstr. 48. Thema: „Die Pariser Konferenz“. Referat Genosse Döhl.
- 36. Abt. 7 1/2 Uhr in der Juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3. Neuwahl der Abteilungsleitung.
- 37. Abt. 7 1/2 Uhr im Schulheilmuseum, Debe-Wilmsstr. 47. Thema: „Volkswirtschaft“. Referat Kurt Kiermann. Wahl der Abteilungsleitung.
- 38. Abt. 7 1/2 Uhr in der Schulaula in den bekannten Gruppenlokalen.
- 39. Abt. Pöchlitz 7 1/2 Uhr in der neuen Schule, Bergmannstr. 60-65. Tagesordnung: Neuwahl des Abteilungsleiters.

Noisettes meisser Chocoladen-Likör **Sandauer & Macholl** Heilbronn **Curacao** weiss triple sec. Vertreter: Kael Kast, Potsdam, Bismarckstr. 3. Fernsprecher: Amt Potsdam Nr. 366. Wilhelm Weisel, Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Str. 20. Fernsprecher: Amt Flalsburg Nr. 3400.

- 83. Vbt. Richterhof. 7 1/2 Uhr in den Richterhofen Festhölzer, Behlenborfer Straße 5 (Bachstraße). Thema: „Das fernste Problem in der Erziehung“, Referent Genossin Marie Reiche. Die Bezirksleiter werden dringend gebeten, die Mitglieder hierzu persönlich einzuladen.
- 84. Vbt. Kankwitz. 8 Uhr im Rechenhof der 2. Gemeindefabrik, Gendhiltstraße. Thema: „Die politische und wirtschaftliche Lage“, Referent Frau Dr. Wegelweber-Köster.
- 85. Vbt. Kumpfmühl. 7 1/2 Uhr Schließende in folgenden Lokalen: 1. Bes. bei Dornen, Barchin, Edy Neus Straße; 2. 3. und 5. Bes. in der Gemeindefabrik Werderstraße; 4. Bes. bei Kankwitz, Werderstr. 13; 6. Bes. bei Lange, Ringelstraße; 7. Bes. bei Kankwitz, Oberlandstraße.
- 87. Vbt. Marienfelde. 8 Uhr bei Schüller, Artillerstr. 68, Nohlandstr.
- Neulissa. 89. Vbt. 7 1/2 Uhr Schließende in den bekannten Lokalen: 18. und 19. Bes. bei Eidel, Friedenstr. 56, Edy Behlenstraße. Thema: „Politik ohne und mit Sozialismus“, Referent Karl Schüller. — 90. Vbt. 7 1/2 Uhr in der Aula der Mittelschule, Dornaustr. 126, Abteilungsverammlung mit Vortrag. Die Schließende sollen aus Beiträgen werden in der Versammlung stattfinden. — 91. Vbt. 7 1/2 Uhr im Karlsruher, Karlsruherstraße. Thema: „Kulturfragen der Sozialdemokratie“, Referent Genossin Dr. Kankwitz. — 92. Vbt. 7 1/2 Uhr Schließende: Siedlung im Lokal Wilmshof; 93. 94. 97. Bes. bei Kankwitz, Werderstr. 13; 95. Bes. bei Kankwitz, Kankwitz-Str. 171; 96. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 58; 99. Bes. bei Kankwitz, Thuringer Str. 22; 97. Bes. bei Kankwitz, Treptower Str. 24; 98. 99. Bes. bei Kankwitz, Conner, Edy Eilberstraße; 96. 81. 82. 85. Bes. bei Kankwitz, 100. Bes. dafür Dienstag, den 10. Januar, Unterhaltungsabend in der Jugendheim, Karlsruherstr. 15. — 94. Vbt. 7 1/2 Uhr Schließende: 51. Bes. im Lokal Markt, Schillerpromenade 39; 52. Bes. bei Gader, Weisestraße; 53. 54. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 55. 56. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 57. 58. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 59. 60. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 61. 62. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 63. 64. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 65. 66. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 67. 68. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 69. 70. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 71. 72. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 73. 74. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 75. 76. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 77. 78. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 79. 80. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 81. 82. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 83. 84. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 85. 86. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 87. 88. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 89. 90. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 91. 92. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 93. 94. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 95. 96. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 97. 98. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49; 99. 100. Bes. bei Kankwitz, Richardstr. 49.

- 136. Vbt. Reinickendorf-Ost. 7 1/2 Uhr Bezirksabend: 1., 2. und 3. Bes. im Lokal Koffel, Pragerstr. 60; 4. und 5. Bes. im Lokal Ebert, Pragerstr. 102; 6. Bes. im Lokal Kaufmann, See-, Edy Regierstraße; 7.—14. Bes. im Jugendheim Seebad, Weidenstr. 49; 15. und 16. Bes. im Lokal Bürgergarten, Hauptstr. 82.
- 138. Vbt. Groppe. 8 Uhr im Anwesen Humboldtstraße. Thema: „Reparaturen“, Referent Franz Kankwitz, W. d. R.
- 139. Vbt. Regel. 7 1/2 Uhr im Rechenhof der 2. Mittelschule, Treptowerstraße. Thema: „Das Reichsmittelverge“, Referent Stadtrat Hermann.
- 140. Vbt. Westend. Die Mitgliederversammlung fällt aus und findet am 4. Mittwoch des Monats statt.
- 141. Vbt. Rosenhof. 7 1/2 Uhr in der Schule Schillerstraße Schließende.

Frauenversammlung am Mittwoch, den 10. Januar:
 119. Vbt. Groppe. 7 1/2 Uhr bei Gium, Mittelstr. 10, Gemeindehaus. Thema: „Die Frau im Parlament“, Referent Genossin Wägel.

Wirtschaft

Lieferungsverträge statt Preistreiberi am Holzmarkt.
 Aus Fachkreisen der Forstwirtschaft erhalten wir folgende Zuschrift:

Im deutschen Rohholzhandel, wo seit längerer Zeit die Preissprunghaft in die Höhe gehen, sind Zustände, denen man nicht länger tatenlos zusehen kann. Zunächst bedarf die innere Wirtschaftspolitik in der Rohholzverwertung einer Neuordnung, nachdem die Preise für manche Rohholzsortimente den Weltmarktpreis überschritten haben. Die „Frankfurter Zeitung“ hat bereits vor einigen Wochen Vorschläge zu einer freiwilligen Kontingentierung des Papierholzes nach Waldgebieten gemacht und zum Verzicht auf die seit her üblichen Versteigerungen und Submissionen gegen Meistgebot und zur Einführung der freihändigen Abgaben an die ortsansässigen mittleren und kleineren Holzschleifer, Holzstoff- und Papiermacher. In anderen west- und süddeutschen Blättern wird die Notwendigkeit von Preisfestsetzungen und direkten Lieferungen aus staatswirtschaftlichen Gründen erörtert und die mangelnde Lage des Reiches, des Abnehmers von Schwellen- und Kastenholzen, hervorgehoben. Jedenfalls gewinnt es den Anschein, daß die gesamte Rohholzverwertung aus privat- und staatswirtschaftlichen Gründen in die zeitgemäße Form der freihändigen Abgabe auf Grund von Lieferungs- und Preisvereinbarungen zwischen Erzeuger und Verbraucher und unter möglichst freier Ausschaltung des Zwischenhandels übergeführt werden muß.

Die öffentlichen Versteigerungen und Submissionen gegen Meistgebot liegen dem Zwischenhandel zuviel Spielraum. Dieser bestrebt sich in wilden Aufkäufen vorzugsweise Spekulation; ihn auszuschließen war schwierig und stellenweise überhaupt nicht durchführbar. Die für unmöglich gehaltenen Preissprünge, die das Papier- und Kastenholz gemacht haben, sind hauptsächlich auf Rechnung des unlauteren spekulativen Zwischenhandels mitzulegen. Die Versorgung der mittleren und kleineren Holzschleifereien, Holzstoff- und Papierfabriken mit neuer Einschlagsmasse ist durch die öffentlichen Versteigerungen und Submissionen bei den heutigen Preisen jedenfalls gefährdet und dem blinden Zufall ausgeliefert. Ebenso hilflos wie diese mittleren und kleineren Gewerbetreibenden steht der größte Verbraucher, das Reich, nunmehr vor der Reubeschaffung und Auffüllung seiner besorgniserregend geschwundenen Vorräte, z. B. an Eisenbahnschwellen und Telegraphenstangen. Als selbstverständlich müßte es darum gefunden werden, wenn der Waldbesitz jeder Art zur freiwilligen Lieferung des Reiches aus erster Hand und zu angemessenen Preisen die Hand holt und es bei der Herstellung von Schwellen und Kasten unterstützt. Oder sollen die Betriebsverwaltungen des Reiches weiter genötigt sein, mit privaten Käufern aller Art um

Schwellen- und Kastenholzen in Wettbewerb zu treten und sie mit unkontrollierbaren Aufschlägen in der ein wenig veredelten Form der fertigen Schwellen oder Telegraphenstange vom Groß- oder Zwischenhändler zu kaufen? Sie müßten ja — genau wie die Privaten — die Mehrzusgaben für die unentbehrlichsten Hölzer mit erhöhten Eisenbahntarifen und Postgebühren wieder hereinzubekommen suchen und wären, was viel schlimmer ist, eines geordneten Bezuges gleichwohl nicht sicher.

Bezüglich wie im Papier-, Kasten- und Schwellenholz steht es um die Erubenholzerwertung. Auch die Verteuerung dieses Holzes durch den Zwischenhandel auf dem völlig zugeflossenen Markt gibt den Vorwand zu einer Ueberwälzung der steigenden Preise auf die Endverbraucher — aber in diesem Falle über die lebenswichtige Kohle. Dabei kann es gar nicht so schwierig sein, zwischen Waldbesitz und Berggebäude eine Brücke zu schlagen und zwischen Forst- und Zechenverwaltungen direkte Lieferungen zu angemessenen Preisen zu vereinbaren, weil die Zahl der Zechen und ihr Bedarf sehr wohl übersehbar ist.

Unendlich schwieriger regulierbar wird dagegen der Bedarf und Preis der Bau- und Schnitthölzer sein. Denn hier steht anders als beim Reiche, den Holzschleifern, Papiermachern und Bergwerksbetreibern eine bis ins kleinste verzweigte und darum vermittelnd auch schwer zu einigende, kaum verhandlungsfähige Verbraucherschaft dem Waldbesitz gegenüber, der bei weitem nicht in dem Maß zersplittert und jedenfalls sogleich verhandlungsbereit ist. Und doch ist von der Regulierung auch dieses Marktes mittels direkter Lieferungsverträge außerordentlich viel abhängig. Der Möbelexport, auf den das Reich nun einmal nicht verzichten kann, und die Möbelfabrikation für den Inlandsbedarf vertragen keineswegs eine Erhöhung über den Weltmarktpreis wie das Erubenholz. Die Siedlungs- und Heimstättenbauten der Länder und des großangelegten Verbands-Bauhüttenwesens müssen wegen der enormen Verteuerung auch des Holzes stillgelegt werden, vor der die öffentlichen Versteigerungen und Submissionen keinen Schutz gewährten. Sollen diese gemeinnützigen Bauunternehmungen überhaupt im Flusse bleiben, so müssen geschlossene umfassende Verbände mit Belieferungsverträgen an den Waldbesitz herantreten, wie es beispielsweise die Handwerkskammern für die Kleinhandwerker jetzt tun. (Wir halten es für fraglich, ob ein Zusammenschluß der Bauhütten mit Privatunternehmungen zur Erlangung von Holzlieferungen dienlich ist. Die Sozialen Verbände als gemeinnützige Unternehmungen haben u. E. Anspruch auf bezorgte Belieferung mit Bauholz aus den Staatsforsten. — Red. d. „W.“) Eine Teilung der bisher üblichen, großen Versteigerungen und Submissionen in viele kleinere wird als Abwehr weiterer Preistreiberien und zur Abschreckung des Zwischenhandels sicherlich nicht ungünstig auf den Markt und eine geordnetere Versorgung einwirken; sie bedeuten andererseits auch eine stärkere geschäftliche Befolgung der Forstverwaltungen gegenüber den freihändigen Abgaben, besonders, wenn diese von gemeinsam errichteten Abgabestellen aus geschehen.

Dwilsenturke. Unserer gestrigen Kursliste sind noch folgende amtlichen Notierungen nachzutragen: 1 japanischer Yen 4458,87 Geld, 4461,13 Brief; 1 brasilianischer Milreis 1037,40 Geld, 1042,60 Brief; 100 österreichische Kronen (abgetempelt) 13,46 Geld, 13,54 Brief; 1 tschechische Krone 263,34 Geld, 264,66 Brief; 1 ungarische Krone 3,56 Geld, 3,58 Brief; 1 bulgarischer Lewa 58,85 Geld, 59,15 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 100,24 Geld, 100,76 Brief; 100 polnische Mark gälten im freien Verkehr etwa 49,50 Mt.



Regelmässige Verbindung
 von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer der United States Lines

NÄCHSTE ABFAHRTEN:
 President Roosevelt 17. Jan. 24. Febr.
 America 7. Febr. 11. April
 President Harding 11. Febr. 21. März
 George Washington 21. Febr. 28. März

Southampton u. Cherbourg 1 Tag später

Verlangen Sie Prospekte und Segellisten Nr. 63

UNITED STATES LINES
 Berlin W 8, Unter den Linden 1
 NW 40, Invalidenstr. 93

General-Vertrieb:
 Norddeutscher Lloyd, Bremen

Schokoladen.
 große Auswahl feinsten Marken. Billigste Bezugsquelle für Kantinen und Wiederverkäufer

Paul Grindel,
 Schokoladenfabrik, Berlin C. 25, Dirksenstr. 47, am Bahnhof Böse.

Marken-Zigaretten
 äußerlich verpackt a. Mischverpackung.

Fritz Seuf,
 SW, Emdenstr. 109, Dönhofs 727.

Schokoladen, Pralinen, Cognac etc. noch zu a. ten Preisen. Großhandel, H. Bartel, Stralauer Straße 51.

Große Posten alle Wa o
Zigarren Zigaretten
 von 10000 Mark an Steuerlazer

Hejko, Wiener Str. 8

Rugellager 11 u. 97
 Hohen
 Plübling & Co. 19 11
 Rönningstr. 30



CREME PERI

Schlechtes Wetter,
 Sturm und Regen machen die Haut rau und spröde. Sie bleibt aber stets geschmeidig und gesund, wenn sie regelmäßig mit «Crème Peri» eingerieben wird. Nicht zwecklos gehört zu ihren Hauptbestandteilen der von den Ärzten so geschätzte Hamamelis-Extrakt. «Crème Peri» fettet nicht, reibt sich vielmehr unsichtbar in die Haut ein. Zu jeder Tageszeit anwendbar.

Peri Talkum-Puder - Crème Peri-Soife
 Überall erhältlich

DR. M. ALBERSHEIM • FRANKFURT A. M.
 Fabrik feiner Parfümerien

Gegr. 1892



Altmetalle Ungeheuer gestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Be-
 abht hohe Preise darisritikel Kleine Anzeigen
 Dörlinger Str. 1. im Vorwärts sind immer noch billig!

Achtung! Mitglieder des Metallkartells!

Am Dienstag, den 9., resp. Mittwoch, den 10. Januar, findet in allen Betrieben, die dem Verband Berliner Metallindustrieller angeschlossen sind, eine

Urabstimmung

statt über den vom Reichsarbeitsministerium am 5. Januar gefällten Schieds-
 pruch.

Nach diesem Schiedspruch wird der Stundenlohn für alle Arbeitnehmer über 18 Jahre gegenüber den zurzeit bestehenden Dezembertariflöhnen für die Zeit vom 1. bis 14. Januar 1923 um 15 v. H. und für die Zeit vom 15. Januar bis 3. Februar 1923 um weitere 15 v. H. erhöht. Für die jugendlichen Arbeitnehmer im Alter von 14 bis 17 Jahren beträgt die Erhöhung vom 1. bis 14. Januar 1923 5 v. H. und für die Zeit vom 15. Januar bis 3. Februar 1923 weitere 5 v. H. Für die jugendlichen Arbeitnehmer von 17 bis 18 Jahren betragen die entsprechenden Erhöhungen 10 und weitere 10 v. H.; die neuen Löhne werden, ebenso wie bisher, auf volle Mark abgerundet. Ueber die Affordbais sollen sich die Parteien in freier Vereinbarung einigen. Durch diesen Schiedspruch wird der Lohn für die Arbeiter in der Klasse I auf 374 M. für die Zeit vom 1. bis 14. Januar, für die Zeit vom 15. Januar bis 3. Februar auf 430 M. erhöht.

Klasse II 365.—, ab 15. Januar 420.—	Klasse IV 345.—, ab 15. Januar 398.—
III 354.—, " 15. " 408.—	" V 336.—, " 15. " 386.—

für Arbeiter von 18 bis 21 Jahre
 Klasse I 317.—, ab 15. Januar 366.—
 II 309.—, " 15. " 355.—

Klasse III 301.—, ab 15. Januar 346.—
 IV 293.—, " 15. " 337.—
 V 285.—, " 15. " 328.—

Für Frauen über 21 Jahre vom 1. bis 14. Januar 1923: 255 M., ab 15. Januar bis 3. Februar 1923: 293 M., und von 18 bis 21 Jahren für die Zeit vom 1. bis 14. Januar 217 M., ab 15. Januar 250 M. Die Löhne der Affordarbeiter werden durch besondere Vereinbarungen geregelt. Die Affordbasis beträgt voraussichtlich in der Klasse I ab 15. Januar 410 M.; vom 1. bis 14. Januar wird ein fester Stundenzuschlag gewährt in der Höhe, wie ihn die Lohnarbeiter erhalten. Die sozialen Zulagen von 8 und 16 M. pro Stunde bleiben bestehen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Resultat der abgegebenen Stimmen bis spätestens Mittwoch, mittags 12 Uhr, im Besitz des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Zimmer 6) sein muß, weil bis einschließlich Mittwoch das Reichsarbeitsministerium Bescheid darüber verlangt, ob der Schiedspruch abgelehnt oder angenommen worden ist. Die Abstimmung erfolgt geheim. Auf den Abstimmungslisten muß geschrieben werden: Wer für Annahme des Schiedspruchs ist, schreibt Annahme, wer gegen den Schiedspruch ist, schreibt Streik. Kollegen, die über sechs Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, haben keine Möglichkeit, sich an der Urabstimmung zu beteiligen. An der Urabstimmung können nur die Mitglieder der Organisationen teilnehmen, die dem Metallkartell angehören.

Deutscher Metallarbeiter-Verband: Urlich.

